

Delegierten-Materialien

Teil I

für die

**1. Tagung des
2. Parteitags
der Partei DIE LINKE.Hamburg**

im

**Hamburg-Saal des Berufsförderungswerkes
in Hamburg-Farmsen**

(August-Krogmann-Str. 52, im Haus U auf dem bfw Gelände)

am

**Samstag, der 10. April,
Sonntag, der 11. April und
Samstag der 17. April**

Übersicht der gestellten Anträge

Nr	Titel	Antragsteller	Vorschlag / Wunsch TOP	Datum Eingang	Seite
A-12-1	Wir gehen weiter! Am 1. Mai 2010 in Hamburg auf die DGB-Demonstrationen Resolution des Landesparteitages DIE LINKE. Hamburg	AG Betrieb & Gewerkschaft	1	18.03.2010	3
A-4-4	Landespolitische Schwerpunkte des Landesverbandes Hamburg für die nächsten zwei Jahre	Landesvorstand	4	11.03.2010	4
A-8-4	Opposition ist der Beginn vernünftigen Handelns Grundorientierung weiterer fortschrittlicher Politik	AG Studierendenpolitik	4	12.03.2010	12
A-3-5	Finanzplan DIE LINKE Landesverband Hamburg 2009 - 2010	Landesvorstand	5	04.03.2010	15
A-1-11	Bezirksverbände stärken	BV Bergedorf (Bezirksmitgliedervers ammlung)	11	09.02.2010	20
A-5-11	Mandatsträgerbeitragsordnung für Bezirksfraktionen	Dora Heyenn, Peter Heim, Herbert Schulz	11	10.03.2010	23
A-6-11	Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen Fraktionen und Partei	Ortsverband Alstertal-Walddörfer (Mitgliederversammlu ng)	11	10.03.2010	26
A-7-11	Parteientwicklung	Landesvorstand	11	12.03.2010	28
A-2-12	Einladung zur Diskussion: „Sexismus hat in der Partei DIE LINKE und auch sonst wo nichts zu suchen“ Die Bereitschaft zur Selbstreflektion wird vorausgesetzt	Kersten Artus, Hildegard Heinemann, Charlotte Wilken, Dagmar Kiese, Elisabeth Baum, Hartmut Obens, Regina Jürgens, Anke Ehlers, Michael Sauer, Reinhild Schwardt	12	05.03.2010	33
A-9-12	antimilitaristische Kampagne des Hamburger Landesverbands der Linksjugend [solid]	linksjugend [solid]	12	12.03.2010	37
A-10-12	Unterstützung der Genossinnen und Genossen in NRW	linksjugend [solid]	12	12.03.2010	36
A-11-12	Für die sofortige Abschaffung der Bundeswehr und der Wehrpflicht	linkjugend [solid]	12	12.03.2010	39
A-13-12	Zur Schulreform	BV HH-Nord (Bezirksmitgliedervers ammlung)	12	19.03.2010	41

Stand: 29. März 2010

Titel	Wir gehen weiter! Am 1. Mai 2010 in Hamburg auf die DGB-Demonstrationen Resolution des Landesparteitages DIE LINKE. Hamburg 10. April 2010
Tagesordnungspunkt	1
Antragsteller	LAG betrieb & gewerkschaft
Datum	18.03.2010

Wir gehen weiter!

Am 1. Mai 2010 in Hamburg auf die DGB-Demonstrationen

„Wir gehen vor! Gute Arbeit. Gerechte Löhne. Starker Sozialstaat“ Unter diesem Motto veranstaltet der DGB 2010 die Maiveranstaltungen. Wir rufen zur Teilnahme an den DGB-Demonstrationen und Kundgebungen in Hamburg; Bergedorf und Harburg auf.

Wir gehen weiter: Der Sozialstaat ist in den letzten Jahren bereits erheblich durch die Bundesregierungen beschädigt worden! Hartz IV geschaffen unter Gerhard Schröder und Josef Fischer ist das beste Beispiel dafür.

Wir sind für:

- **Die Abschaffung der Rente ab 67** wie CDU,FDP,SPD und Grüne sie nach wie vor befürworten,
- **einen bundesweiten Mindestlohn von 10 EURO**
- **eine Ablehnung der einkommensunabhängigen Kopfpauschale im Gesundheitswesen.** Dieser Plan der jetzigen Bundesregierung ist einmassiver Versuch den Sozialstaat weiter zu beschädigen. Hier ist gemeinsamer Widerstand erforderlich, der auch auf die Straße gehört!
- **Hartz IV muss weg.** Die Zumutungen von Guido Westerwelle und Hannelore Kraft gegenüber Hartz IV BezieherInnen lehnen wir entschieden ab. Ein Euro Jobs sind abzuschaffen und in tarifliche, sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse umzuwandeln. Eine bedarfsdeckende, sanktionsfreie Mindestsicherung von EUR 500,- ist umgehend einzuführen.

Deshalb gehen wir am 1. Mai 2010 auf die Straße!

Abstimmungsergebnis:	Ja: ____ Nein: ____ Enthaltungen: ____ Angenommen: <input type="radio"/> Ja <input type="radio"/> Nein
-----------------------------	---

Titel	Landespolitische Schwerpunkte des Landesverbandes Hamburg für die nächsten zwei Jahre
Tagesordnungspunkt	4
Antragsteller	Landesvorstand
Datum	11.03.2010

1 **Landespolitische Schwerpunkte des Landesverbandes Hamburg für die** 2 **nächsten zwei Jahre**

3 **Präambel**

4 DIE LINKE setzt sich für die Verwirklichung der sozialen Gerechtigkeit, der ökologischen
5 Nachhaltigkeit, des Friedens und der Demokratie ein. Wichtige Zielpunkte unserer gegenwärtigen
6 Politik sind der flächendeckende Mindestlohn, keine Rente mit 67, Abschaffung der Hartz-Gesetze
7 sowie eine kategorische Ablehnung des Krieges als Mittel der Politik sowie jeglicher deutschen
8 Beteiligung daran. Die Umsetzung dieser Maßnahmen ist sowohl ein wirksamer Beitrag zur
9 Bekämpfung der Wirtschaftskrise wie auch ein Zwischenschritt, um einen grundlegenden
10 Richtungswechsel einzuleiten.

11 Für DIE LINKE gehören kurzfristigen Maßnahmen zur Verbesserung der Lebenslage der
12 Lohnabhängigen und der von Sozialleistungen abhängigen Menschen und Maßnahmen, die einen
13 gesellschaftlichen Umbau in Richtung einer solidarischen Ökonomie einleiten, untrennbar
14 zusammen. Die weitergehenden mittel- und langfristigen Schritte dieses Umbaus, unserer
15 sozialistischen Transformationsperspektive, sind Gegenstand der anstehenden politisch-
16 programmatischen Debatte.

17 Die Linie des Hamburger Landesverbandes war und ist: Kürzungen zulasten von Beschäftigten und der
18 Menschen, die auf Sozialleistungen angewiesen sind und die Fortsetzung der Privatisierungspolitik
19 treffen auf unseren erbitterten Widerstand. Der öffentliche Kredit muss vielmehr genutzt werden, die
20 Armut zu bekämpfen, Beschäftigung im öffentlichen Sektor zu schaffen und einen sozial-
21 ökologischen Umbau der Hamburger Wirtschaft einzuleiten, der den BürgerInnen wieder eine
22 Perspektive gibt.

23 Weil wir mit dieser Politik bei vielen Menschen Vertrauen gewonnen haben, ist die kurze Geschichte
24 der LINKEN auch in Hamburg eine Erfolgsgeschichte. Nach der für uns erfolgreichen Wahl vor zwei
25 Jahren haben wir aus dem Stand auf Landes- und Bezirksebene Fraktionen aufgebaut, die sich durch
26 ihre konsequente Arbeit Achtung erworben haben. Gleichzeitig haben wir in außerparlamentarischen
27 Initiativen mitgearbeitet, Streik kämpfe unterstützt, uns an Aktionen gegen die Abschiebung von
28 Flüchtlingen beteiligt und in der Volksinitiative Eine Schule für Alle entscheidend mitgewirkt. Wir
29 haben zudem unseren Teil dazu beigetragen, Demonstrationen zu Klima- und Umweltfragen, gegen
30 die Abwälzung der Krisenlasten, zu Frieden und im Bildungsbereich zum Erfolg zu verhelfen. Diesen
31 Weg wollen wir unter den Bedingungen der schweren Wirtschaftskrise konsequent fortsetzen.

32 **Hamburg in der Krise**

33 Die schwere Wirtschaftskrise hinterlässt auch in Hamburg immer deutlicher Spuren. Der schwarz-
34 grüne Senat reagiert darauf mit einer die Wirtschaftskrise verschärfenden Kürzungspolitik.
35 Gleichzeitig hält er aber an seinen verschwenderischen Leuchtturmprojekten fest. Eine solche Politik
36 des Sozialabbaus und der Gebührenerhöhung, der Kürzung öffentlicher Dienstleistungen und der

- 37 fortgesetzten Privatisierung (z.B. durch Verkauf von Grundstücken und PPP-Projekte) lehnt DIE
38 LINKE – in welcher politischen Konstellation auch immer – prinzipiell ab.
- 39 Erforderlich ist das Gegenteil: Wir brauchen eine Politik, die einerseits die drängendsten sozialen
40 Missstände und Folgen der sozialen Spaltung behebt, andererseits durch energische Investitionen in
41 öffentliche Güter und Dienstleistungen, in die soziale Infrastruktur, in Bildung, Kultur, sozialen
42 Wohnungsbau, öffentlichen Verkehr etc. erste Schritte eines grundlegenden Umbaus der Hamburger
43 Wirtschaft und Gesellschaft einleitet.
- 44 Angesichts wegbrechender Steuereinnahmen können und müssen die jetzt erforderlichen
45 Investitionen durch Umschichtungen im öffentlichen Haushalt und durch Neuverschuldung finanziert
46 werden. Das ist kurzfristig nicht anders möglich, denn eine nachhaltige Verbesserung der
47 Einnahmesituation der Länderhaushalte ist nur durch drastische Einschnitte in die
48 Verteilungsverhältnisse, die Unternehmen und Vermögenden wieder deutlich stärker an der
49 Finanzierung des Gemeinwesens beteiligt, auf Bundesebene möglich. DIE LINKE fordert deshalb
50 einen radikalen Richtungswechsel in der Steuerpolitik des Bundes, u.a. durch Wiedereinsetzung der
51 Vermögenssteuer, Erhöhung der Erbschaftsteuer, der Einkommensteuer für Besserverdienende und
52 der Börsenumsatzsteuer. Auf Landesebene ist zu prüfen, ob auch durch eine Erhöhung der
53 kommunalen und Landessteuern ein kleiner Beitrag zur Verbesserung der Einnahmesituation der
54 öffentlichen Haushalte erbracht werden kann.
- 55 Auf der parlamentarischen Ebene gibt es für eine solche zukunftsorientierte Politik zurzeit keine
56 Partner. Deshalb kommt es darauf an, durch Beteiligung an breiten außerparlamentarischen
57 Bündnissen mit Gewerkschaften, Sozialverbänden, Bürgerinitiativen und anderen
58 zivilgesellschaftlichen Akteuren politischen Druck und Widerstand aufzubauen, um eine Politik des
59 sozial-ökologischen Umbaus möglich zu machen, der ehemals öffentliche Unternehmen
60 rekommunalisiert, die regionalen Wirtschaftskreisläufe stärkt und genossenschaftliche Formen des
61 Wirtschaftens fördert. Die Vorbereitungen auf die voraussichtlich im Juni stattfindende bundesweite
62 Bündnisdemo „Wir zahlen nicht für eure Krise“ sind eine gute Gelegenheit dazu.
- 63 Es bleibt also bei den Grundzügen unseres zur Bürgerschaftswahl vorgelegten Sofort- und
64 Wahlprogramms mit Maßnahmen gegen Armut und soziale Spaltung, für öffentlich geförderte
65 Beschäftigung und Investitionen in wichtige Zukunftsbereiche. Dabei müssen die BürgerInnen
66 stärker an den politischen Planungsprozessen und Entscheidungen beteiligt werden.
- 67 Die Antwort auf die Politik der Verschwendung einerseits und des Kahlschlags andererseits ist ein
68 radikaler Politikwechsel. DIE LINKE hat eine Alternative: Unsere Vision bleibt »Hamburg für alle –
69 sozial, ökologisch und solidarisch«.
- 70 **Konzentration der Kräfte ist notwendig**
- 71 Hamburg schiebt einen großen Berg von ökonomischen, sozialen und ökologischen Problemen vor
72 sich her, die die Politik in der Stadt in den nächsten beiden Jahren bestimmen werden. Deshalb gilt
73 es für DIE LINKE, die begrenzten Kräfte der Partei auf Arbeitsschwerpunkte (Leitprojekte) zu
74 konzentrieren, die aus der Sicht unserer Programmatik und mit Blick auf die Probleme und Konflikte
75 in der Stadt zentral sind. Der Verzahnung und Abstimmung von parlamentarischen Aktivitäten
76 (Bürgerschafts- und Bezirksfraktionen) mit Basisaktivitäten der Gliederungen bei gemeinsamer
77 Fokussierung auf diese Schwerpunkte kommt dabei besondere Bedeutung zu.
- 78 Ausgehend von der Analyse der aktuellen Situation schlagen wir folgende Schwerpunkte in der
79 Politik des Landesverbands für die nächste Zeit vor:

80 **Allianz für ein Leben in Würde, Recht auf Stadt, Bildungsgerechtigkeit, Klimagerechtigkeit,**
81 **Mehr Demokratie wagen, Rechte der MigrantInnen stärken, Geschlechtergerechtigkeit,**
82 **Friedensstadt Hamburg**

83 **Allianz für ein Leben in Würde**

84 Erwerbslosigkeit und Armut prägen das Leben von immer mehr HamburgerInnen, was sich
85 krisenbedingt noch verschärfen wird. Zu den Erwerbslosen kommen „Unterbeschäftigte“ in Ein-Euro-
86 Jobs und Qualifizierungsschleifen und prekär Beschäftigte, die arm sind trotz Arbeit. Das
87 Existenzminimum als Minimalbedingung der Reproduktion der Arbeitskraft und gesellschaftlicher
88 Teilhabe ist für viele HamburgerInnen nicht mehr gewährleistet.

89 Unser Ziel ist die Schaffung von qualifizierten, gut bezahlten Ausbildungs- und Arbeitsplätzen und die
90 Verbesserung der Lebensverhältnisse der Menschen, die auf Regelleistungen angewiesen sind. Wir
91 fordern deshalb ein Beschäftigungsprogramm von 50.000 sozialversicherungspflichtigen
92 Arbeitsplätzen, die Abschaffung der 1-Euro-Jobs und die Ausweitung des Qualifizierungssektors. **Ein**
93 **erster Schritt zur weiteren Ausarbeitung dieses Programms ist die arbeitsmarkt- und**
94 **beschäftigungspolitische Konferenz am 24. April. Der Landesverband wird sich außerdem aktiv**
95 **an der Gesundheitskampagne der Partei beteiligen.**

96 Zur Verbesserung der Lebenssituation der auf Sozialleistungen angewiesenen BürgerInnen fordern
97 wir u.a. den Einstieg in eine Kindergrundsicherung durch gebührenfreien Kita-Besuch und ein
98 kostenloses Mittagessen für alle, die endliche Einführung eines Sozialtickets, den freien Eintritt zu
99 Kulturveranstaltungen und die Übernahme der Wohnungskosten auf angemessenem Niveau.

100 Ein solche Politik lässt sich nur in einem Bündnis für ein Leben in Würde und für gute Arbeit
101 durchsetzen, in dem sich Gewerkschaften, Sozialverbände und die vielen zivilgesellschaftlichen
102 Initiativen und Bewegungen und die politische Linke zusammenfinden.

103 **Recht auf Stadt: Gegen Privatisierung, für bezahlbaren Wohnraum für Alle und** 104 **eine soziale Stadtentwicklung**

105 Die soziale Spaltung der Stadt drückt sich auch in einer wachsenden sozial-räumlichen Trennung
106 aus. In Wilhelmsburg, Rothenburgsort/Billbrook und Billstedt sind rund 27% der EinwohnerInnen auf
107 Transferleistungen angewiesen. Die CDU-Senate haben diese Entwicklung durch Schließung von
108 Schulen, Schwimmbädern, Bücherhallen usw. noch verstärkt. Ebenso durch die vom Senat
109 betriebene Aufwertung von Stadtteilen (Gentrifizierung). Sie geht einher mit der Umwandlung von
110 Miet- in Eigentumswohnungen und deutlichen Mieterhöhungen. Viele BürgerInnen werden faktisch
111 aus ihren angestammten Wohnquartieren vertrieben. Aber selbst dort, wo sie dann notgedrungen
112 hinziehen, werden die Mieten erhöht. Statt neue Sozialwohnungen zu bauen, werden im großen Stil
113 Grundstücke, also öffentliches Eigentum, verkauft.

114 Gegen diese Entwicklung hat sich in der Stadt eine breite Bewegung entwickelt, die ein „Recht auf
115 Stadt“ einfordert. Sie wendet sich gegen die Politik der Aufwertung und Vertreibung und fordert die
116 Einbeziehung der BürgerInnen in die Entscheidung über die Weiterentwicklung der Quartiere. Die
117 Gliederungen der LINKEN sollten sich in diesen Initiativen und Netzwerken noch stärker engagieren
118 und deren Forderungen in den parlamentarischen Raum einbringen.

119 „Recht auf Stadt“ heißt für DIE LINKE vor allem Versorgung aller Menschen mit ausreichendem und
120 menschenwürdigem Wohnraum. Wir fordern als Sofortmaßnahmen die Erhöhung des Wohngeldes,
121 die Verhinderung von Zwangsumzügen und den Stopp der oft drastisch steigenden
122 Mietnebenkosten. Das Herausfallen tausender Sozialwohnungen aus der Sozialbindung muss

- 123 gestoppt werden. Die öffentlichen Unternehmen SAGA/GWG müssen durch öffentliche Proteste zu
124 einer anderen Politik gezwungen werden.
- 125 Wir fordern weiter eine soziale Stadtentwicklungspolitik, um die Sicherstellung einer ausreichenden
126 sozial-kulturellen Infrastruktur (Schulen, Schwimmbäder, Bücherhallen, Jugendzentren, Angebote
127 der Jugend- und Sozialhilfe, Verkehrsanbindung etc.) und einer für alle bezahlbaren, d.h. für die
128 Menschen mit geringem Einkommen auch gebührenfreien öffentlichen Versorgung zu gewährleisten.
129 Dies betrifft vor allem die Bereiche Energie, Gesundheit und Soziales.
- 130 Das erfordert langfristig die Rekommunalisierung der Krankenhäuser und Pflegeunternehmen sowie
131 des Energiesektors. Wir fordern zudem die Beendigung von ÖPP- bzw. PPP-Projekten, die letztlich
132 nur wenigen Unternehmen ein profitables Geschäftsfeld und den Banken eine günstige Anlage
133 bieten.
- 134 Es kommt in den nächsten Jahren darauf an, uns auch auf diesem Gebiet als Partei der
135 konsequenten Interessensvertretung stärker zu profilieren, auf landespolitischer Ebene wie auch in
136 den besonders betroffenen Stadtteilen und Quartieren.
- 137 **Im Herbst wollen wir die 3. Stadtpolitische Konferenz durchführen. Dafür muss der**
138 **Landesvorstand zusammen mit den Fraktionen frühzeitig ein Konzept erarbeiten, das dem**
139 **Bündnischarakter dieser Konferenz Rechnung trägt und auch dazu dient, die Träger vielfältiger**
140 **Formen des Protestes und des Widerstands in dieser Stadt zusammen zu führen und eine**
141 **Plattform für Diskussions- und Meinungs austausch zur Verfügung zu stellen.**
- 142 **Das Thema Rekommunalisierung nicht nur im Bereich Energie, sondern auch im Bereich der**
143 **Krankenhäuser, der Pflege etc. bleibt für die LINKE auf der Agenda und erstrangiges Ziel. Mit**
144 **der Enteignung der öffentlichen Betriebe und der Verhinderung jeglicher Einflussnahme durch**
145 **demokratisch legitimierte Politik werden wir uns auf keinen Fall abfinden.**
146 **Rekommunalisierung muss auch auf der stadtpolitischen Konferenz ein großes Thema werden.**
- 147 **Bildungsgerechtigkeit**
- 148 DIE LINKE Hamburg kämpft für ein gebührenfreies, solidarisches Bildungswesen von der Kita bis zur
149 Hochschule als wesentliche Voraussetzung für soziale Gerechtigkeit.
- 150 Wichtige Konfliktfelder bleiben die vorschulische Bildung (Kitas), die sich verschärfende Krise auf
151 dem Ausbildungsmarkt (Ausbildungsplätze) und die Hochschulpolitik (Studiengebühren, Uni-
152 Verlagerung).
- 153 Eine Konferenz zum Kita- und Kinder- und Jugendbereich vor der Sommerpause soll in diesem
154 Bereich Impulse setzen.
- 155 Der Aktionsschwerpunkt für unsere Partei in den nächsten Monaten ist jedoch die Kampagne gegen
156 den Volksentscheid der Elbvorortinitiative, die eine einem Wahlkampf ähnliche Mobilisierung
157 erfordert. Längeres gemeinsames Lernen als wesentliche Voraussetzung für mehr
158 Bildungsgerechtigkeit ist zur wichtigsten landespolitischen Frage überhaupt geworden. Darum
159 kommt es am 18.7. zum Volksentscheid.
- 160 Im Rahmen des Aktionsbündnisses „Chancen für alle- Allianz für Bildung“ und mit eigenen
161 Aktivitäten und Materialien werden wir alles in unserer Kraft stehende tun, die Initiative derer, die
162 rücksichtslos ihre Privilegien im Bildungsbereich zu verteidigen suchen und dafür auf die
163 Unterstützung der Medien und große finanzielle Ressourcen zurückgreifen können, zu stoppen.
164 Darum ist es besonders wichtig, dass wir in den sozial benachteiligten Stadtteilen initiativ werden.

165 **Die große Demonstration am 4.6. werden wir nach Kräften unterstützen, ebenso den**
166 **Bildungsstreik am 9.6.**

167 An der Frage der Bildung entscheidet sich, welche Potentiale für auch nur bescheidene
168 Verbesserungen in den Lebensverhältnisse der Menschen in dieser Stadt noch vorhanden sind oder
169 ob die Verteidiger des Status quo, der Privilegien der Besserverdienenden und Vermögenden die
170 Oberhand behalten – mit all den darin liegenden Gefahren von rechtspopulistischen
171 Abspaltungstendenzen.

172 **Klimagerechtigkeit**

173 DIE LINKE Hamburg sieht sich als Teil der globalen Bewegung für Klimagerechtigkeit. Der globale
174 Klimawandel, verursacht durch rücksichtslose Ressourcenverschwendung und CO₂ Verschmutzung
175 im Kapitalismus, trifft nicht die Industrieländer, die die größten Emissionen ausstoßen, sondern
176 hauptsächlich die Menschen im globalen Süden. Aber auch an Hamburg werden
177 Meeresspiegelerhöhungen nicht spurlos vorbeigehen.

178 Schwarz-Grün in Hamburg propagiert das Ziel, die CO₂-Emissionen bis 2020 um 40% zu reduzieren,
179 bleibt aber mit konkreten Maßnahmen weit hinter den Erfordernissen zurück. Stattdessen wird ein
180 Kohlekraftwerk gebaut, werden HVV-Preise erhöht. Nach der Privatisierung der HEW und als
181 Trostpflaster für die Genehmigung von Moorburg wurde nun Hamburg Energie gegründet, ein
182 Unternehmen ohne Geld und ohne nennenswerte eigene Energieerzeugung.

183 Dagegen fordert DIE LINKE, die Energieversorgung der Stadt Hamburg wieder in öffentliches
184 Eigentum zu überführen (**Rekommunalisierung**). Die Übernahme der Strom-, Wärme und Gasnetze
185 in öffentliche Hand, starke öffentliche Investitionen in erneuerbare Energieerzeugung und Bündelung
186 öffentlicher Versorgungsunternehmen unter einem Dach sind Schritte zu neuen Hamburgischen
187 Stadtwerken. Demokratisch kontrolliert, mit sozialen Preisen und ausschließlich auf erneuerbare
188 Energien orientiert.

189 Die energetische Altbausanierung muss mindestens auf das Fünffache gesteigert werden. Mieter
190 sind vor Mieterhöhungen zu schützen, die Einsparungsgewinne übersteigen. Bei Neubauten muss die
191 Errichtung von Passiv- und Null-Energiegebäuden ordnungsrechtlich gewährleistet sein.

192 Der Öffentliche Personen-Nahverkehr (ÖPNV) muss unter anderem durch drastische Preissenkungen
193 sowie einen bedarfsgerechten Ausbau gefördert und der Straßenneubau zugunsten des Fuß- und
194 Radverkehrs zurück gestellt werden.

195 **Vor diesem Hintergrund nimmt der Landesverband DIE LINKE sich vor, das Thema**
196 **„Rekommunalisierung“ mit Bezug auf die Kampagne der Bundespartei zu einem Schwerpunkt**
197 **unserer Arbeit als Landesverband zu machen, einen Ratschlag zum Thema „Klima, Energie &**
198 **Rekommunalisierung“ vor der UN-Klimakonferenz Anfang Juni 2010 durchzuführen und auf**
199 **dem nächsten Landesparteitag im Herbst den Schwerpunkt „Klima, Energie, Verkehr und**
200 **Rekommunalisierung“ zu setzen.**

201 **Aktueller Aktionsschwerpunkt sind die anstehenden Auseinandersetzungen um eine**
202 **sozialökologische Energiewende ohne Atom- und Kohlekraftwerktechnologie. So werden wir**
203 **uns am 24. April an der großen KettenreAktion gegen Atomkraft, der Aktions- und**
204 **Menschenkette vom AKW Brunsbüttel durch Hamburg hindurch bis zum AKW Krümmel**
205 **beteiligen.**

206 **Mehr Demokratie wagen**

207 Die Teilnahme aller Bürgerinnen und Bürger am gesellschaftlichen und politischen Leben ist ein
208 demokratisches Grundrecht. Dieses Grundrecht wird massiv verletzt: durch staatliche Eingriffe in
209 Grund- und Bürgerrechte und durch die vielfältigen Formen sozialer Diskriminierung und
210 Ausgrenzung.

211 Auf Bundes- und auf Landesebene wurde ein nahezu unüberschaubares staatliches Überwachungs-
212 und Kontrollinstrumentarium geschaffen, das die Bürgerinnen und Bürger praktisch unter
213 Generalverdacht stellt. Auch um die Versammlungsfreiheit ist es in Hamburg schlecht bestellt:
214 Drastische Maßnahmen der Exekutive von der willkürlichen Behinderung von Demonstrationen bis zu
215 unverhältnismäßiger Polizeigewalt schränken den demokratischen Meinungs- und
216 Willensbildungsprozess ein.

217 Mehr Demokratie erfordert, dass die BürgerInnen an wichtigen Entscheidungen über die Zukunft
218 ihres Quartiers, Bezirks und der Stadt mitwirken können. Eine solche Politik der Demokratisierung
219 wäre auch der beste Weg, um dem Einfluss rechtspopulistischer Strömungen entgegenzuwirken.
220 Durch die Verbindlichkeit von Volksentscheiden ist hier schon eine wichtige Verbesserung erreicht
221 worden. Allerdings gilt dies nicht für die bezirkliche Ebene. Hier kann der Senat durch Evokation die
222 Voten auf Bezirksebene auszuhebeln. Deshalb fordert DIE LINKE, dass auch die Bürgerentscheide
223 auf bezirklicher Ebene verbindlich sein müssen.

224 **Rechte der MigrantInnen stärken**

225 Das Recht auf Beteiligung an wichtigen kommunalen Entscheidungen muss für alle gelten. DIE LINKE
226 tritt dafür ein, dass MigrantInnen und Flüchtlingen endlich ihre elementaren Grundrechte
227 zugestanden werden. Dies betrifft insbesondere die Einführung des kommunalen Wahlrechts sowie
228 die Erleichterung der Einbürgerung und das Recht auf doppelte Staatsbürgerschaft. Wir wollen das
229 Bleiberecht für alle Flüchtlinge und die regelmäßige Legalisierung der Illegalisierten durchsetzen.

230 Im Rahmen des Volksentscheids zur Schulreform, bei dem MigrantInnen ausgeschlossen sind,
231 werden wir durch geeignete Maßnahmen sicherstellen, dass der Wille der MigrantInnen zum
232 Ausdruck kommt.

233 Demokratische Teilhabe von MigrantInnen bleibt eine wichtige Querschnittsaufgabe und
234 Schwerpunkt unserer Arbeit. Neben dem Bereich der Grundrechte sollten die Probleme der
235 MigrantInnen und Flüchtlinge vor allem bei Bildung und Stadtentwicklung stärker in unsere Politik
236 integriert werden. **Als Landesverband werden wir mit den MigrantInnenorganisationen jährlich**
237 **das „Frühlingsfest“ (Newrus) und das „Fest der längsten Nacht des Jahres“ (Yalda)**
238 **organisieren.** DIE LINKE wird sich zudem dafür einsetzen, dass die Behörden die Kooperation mit
239 *allen*, nicht nur mit den religiösen Gruppen sucht.

240 **Geschlechtergerechtigkeit**

241 Die Gleichstellung von Frauen und Männern als Querschnittsaufgabe und die besonderen
242 Lebensweisen von Frauen stehen besonders im Mittelpunkt linker Politik.

243 So hat Armut auch in Hamburg ein weibliches Gesicht, und die Einkommen von Frauen und Männern
244 bei gleicher Arbeit klaffen immer noch weit auseinander. Zusätzliche Einsparungen in der
245 öffentlichen Daseinsvorsorge, insbesondere im Kinder und Jugendbereich, aber auch die Hartz-
246 Gesetze und die Kindergeldregelung verhindern die Berufstätigkeit von Frauen. Ein konservatives
247 Bild der Geschlechterrollen feiert eine flächendeckende Restauration.

- 248 Das Kita-Gutscheinsystem in Hamburg verhindert die Berufstätigkeit von Frauen in besonders
249 perfider Form, weil Gutscheine nur dann gegeben werden, wenn die Mutter berufstätig ist und auch
250 nur entsprechend der Arbeitszeit. DIE LINKE fordert einen Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz
251 unabhängig von den Berufstätigkeiten der Eltern.
- 252 DIE LINKE fordert einen Lebenslagenbericht für die Bezirke und ganz Hamburg, in denen auch die
253 Einkommens und Lebensverhältnisse von Frauen untersucht und veröffentlicht werden. Diese Daten
254 müssen Grundlage für die Finanzierung von Jugendhilfeeinrichtungen und der offenen Jugendarbeit
255 und einer Politik sein, die Frauendiskriminierung gezielt entgegenwirkt.
- 256 Frauen, die der Demütigung durch Gewalt und sexualisierte Gewalt im Alltag ausgesetzt sind oder
257 gegen Ihren Willen zur Ehe, Genitalverstümmelung, und zur Prostitution gezwungen werden,
258 brauchen nicht nur Schutz in Frauenhäusern, sondern auch kostenlosen Rechtsbeistand und
259 ärztliche/ psychologische Versorgung und bei Migrantinnen ein Recht auf Aufenthaltsgenehmigung,
260 unabhängig von der Zustimmung des Mannes.
- 261 Wir fordern außerdem, Frauen mit Migrationshintergrund einen Rechtsanspruch auf kostenlosen
262 Deutschunterricht einzuräumen, wie z.B. in Schweden, da Frauen in erster Linie für Hausaufgaben
263 und Kindererziehung „zuständig“ sind. Nur mit einem Rechtsanspruch können Frauen auch
264 unabhängig von ihren Männern solche Angebote annehmen.
- 265 Am 8. März 2011. wird zum 100.mal dieser Tag der Frauen gefeiert. In Venezuela wird eine
266 Weltfrauenkonferenz geplant. Die Vorbereitungen für beide Ereignisse laufen schon. Es muss geprüft
267 werden, wie viel Geld und Zeit die Linke für die politische Unterstützung einplanen kann. **Die**
268 **Forderung der Linken in Hamburg, dass der 8. März Feiertag werden muss, bekommt für das**
269 **Jahr 2011 noch mal eine besondere Bedeutung und sollte mit Plakaten und Veranstaltungen**
270 **besonders hervorgehoben werden.**
- 271 **Friedensstadt Hamburg**
- 272 Hamburg ist der größte Rüstungsexporthafen und einer der größten Rüstungsstandorte in der BRD.
273 Mit gut 120 Rüstungsfirmen aller möglichen Branchen haben Rüstungsproduktion und -export in
274 Hamburg einen großen Stellenwert. Auch der Militärhandel blüht. Das alles ist weitgehend
275 unbekannt. Deshalb soll die Rolle der Rüstungswirtschaft von uns in Zukunft stärker aufgezeigt
276 werden.
- 277 DIE LINKE wird die Frage der Rüstung und der Konversion in den nächsten Jahren thematisieren. Wir
278 bemühen uns, eine Überarbeitung des Rüstungsregisters für Hamburg zu veröffentlichen.
- 279 Daneben ist DIE LINKE gefordert, die zunehmende Militarisierung des öffentlichen Lebens in
280 Hamburg zu bekämpfen. Das betrifft z.B. die Aktivitäten der Bundeswehr, Jugendliche an
281 außerschulischen Lernorten für den Dienst in der Bundeswehr zu werben, die massive Präsenz der
282 Bundeswehr bei öffentlichen Veranstaltungen und die Auftritte der Bundeswehr in Schulen. Direkte
283 Kooperationsvereinbarungen zwischen Bundeswehr und Schulbehörde wollen wir verhindern. Die
284 Aktivitäten des militaristisch ausgerichteten Tamm-Museums werden wir weiterhin kritisch begleiten
285 und die Einstellung der Zahlungen an dieses Museum verlangen.
- 286 Außerdem verstärken wir die Zusammenarbeit mit friedenspolitisch aktiven Gruppen und
287 Einzelpersonen, wie z.B. dem Hamburger Forum, dem EINE-WELT-NETZWERK sowie anderen
288 außerparlamentarischen Initiativen, die zu friedensrelevanten Themen arbeiten, etwa zur friedlichen
289 Entwicklung von Konfliktregionen wie Israel, Palästina, Kurdistan oder Afghanistan.

290 **Die politischen Verhältnisse sind in Bewegung – eine Chance für DIE LINKE**

291 Der schwarz-grüne Senat hat momentan seine politische Mehrheit verloren. Leuchtturmpolitik,
292 Ignoranz gegen über den vielfältigen Formen der sozialen Spaltung, desaströse Haushaltspolitik, viel
293 zu bescheiden dimensionierte Antikrisenprogramme, Klimafeindlichkeit, Ignoranz gegenüber den
294 BürgerInnenwillen und der Übergang zu einer Rotstiftpolitik haben das Vertrauen in die schwarz-
295 grünen Koalitionäre nachhaltig beschädigt. Hinzu kommt der Streit über die wenigen bescheidenen
296 Reformprojekte dieses Senats, die von der FDP, aber auch von Teilen der CDU und ihrer
297 WählerInnenbasis in Frage gestellt werden. Bei der Schulreform sehen sich die Vertreter eines
298 Mindestmaßes an sozialer Integration mit einem Frontalangriff der Verteidiger von ökonomischen
299 und sozialen Privilegien (bis vor kurzem hatten sie dabei auch Teile der SPD an ihrer Seite)
300 konfrontiert. Die Abspaltung einer neu-rechten Bewegung kann nicht ausgeschlossen werden.

301 Für DIE LINKE kommt es in dieser offenen politischen Situation, die auch völlig neue
302 Bündniskonstellationen (siehe Volksentscheid zur Schulreform) einschließt, darauf an, konsequent
303 an ihrer Grundlinie festzuhalten: Sofortmaßnahmen gegen die dringendsten sozialen Missstände und
304 die Einleitung von Strukturreformen sind für uns unverzichtbar. Dass wir die Partei sind, die die
305 Sorgen und Nöte der Menschen ernst nimmt und ins Zentrum ihrer Politik stellt, gilt es deutlich zu
306 machen, auch durch noch stärkere Präsenz in den Stadtteilen und Quartieren. Um noch mehr
307 Menschen davon zu überzeugen, dass eine starke Opposition wie DIE LINKE unverzichtbar ist.

308 Eine starke LINKE ist auch ein wirksamer Beitrag zur Eindämmung der Gefahr der Entstehung einer
309 neu-rechten Bewegung (nicht nur in Hamburg). Insbesondere Muslime sind gegenwärtig von
310 rassistischen Angriffen betroffen. DIE LINKE.Hamburg kritisiert und bekämpft dies – so wie jede
311 andere Form des Rassismus und des Antisemitismus. Wir werden uns im Bündnis mit anderen im
312 Alltag wie bei entsprechenden besonderen Anlässen (wie bei den Nazi-Aufmärschen in Dresden oder
313 Lübeck) konsequent gegen neofaschistische oder rechtspopulistische Akteure und Manifestationen
314 wenden, über sie aufklären und uns ihnen – wo nötig – auch in den Weg stellen.

315 Unsere Losung bleibt: Hamburg für Alle: sozial, ökologisch und solidarisch.

Abstimmungsergebnis:

Ja: ____ | Nein: ____ | Enthaltungen: ____

Angenommen: Ja | Nein

Titel	Opposition ist der Beginn vernünftigen Handelns Grundorientierung weiterer fortschrittlicher Politik
Tagesordnungspunkt	4
Antragsteller	Ag Studierendenpolitik
Datum	

Der Landesparteitag möge als Grundorientierung der gemeinsamen Politik (TOP 4) befassen, beraten und beschließen:

1 **Opposition ist der Beginn vernünftigen Handelns**
2 **Grundorientierung weiterer fortschrittlicher Politik**

3 *„Eine Partei, die neben dem Glauben an die Gesetze auch den Adel verwerfen würde, hätte*
4 *sofort das ganze Volk hinter sich, aber eine solche Partei kann nicht entstehen, weil den Adel*
5 *niemand zu verwerfen wagt.“*

6 Franz Kafka, „Zur Frage der Gesetze“, 1920.

7 *„Zwischen Otto Wels und Lenin bestehen gewisse Gegensätze.“*

8 Kurt Tucholsky, „Fabel“, 1929.

9 **0) Das Auslaufen der Westerwelle**

10 Die konservative und kampfliberale Bundesregierung ist deutlich im Meinungsbild der
11 Bevölkerung nach unten gerutscht.

12 Die zivilisatorische Krise wird durch Kriegführung, Kapital-Spekulationen, soziale
13 Zerstörungen, Roheiten und Dummheiten aller Art fortgesetzt.

14 Absurd ist so auch die politische Vorstellung Hartz-IV-Abhängigen Gutscheine verteilen zu
15 wollen.

16 Auf diese Weise wird man der Menschenwürde nicht gerecht.

17 All das stößt auf Missbilligung in der davon betroffenen Mehrheit des Landes und ist eine
18 Herausforderung für die gesellschaftliche Opposition bzw. die Verbesserung der gesamten
19 Lebensbedingungen.

20 **1) Ganz oben: Frieden**

21 Die intensivierten Kriege verschlingen Menschen, Haushalte und eine lebenswerte Zukunft.

22 Deswegen müssen die Kriege beendet, die Kriegsschäden beseitigt und Konflikte zivil und
23 demokratisch reguliert werden. Zu erwirken sind ebenso die Konversion der

24 Rüstungsproduktion, das Verbot von Rüstungsexporten, die Entmilitarisierung der

25 Gesellschaften bzw. der Aufbau nachhaltiger Friedenserziehung, der Ausbau demokratischer
26 Rechte sowie die Sicherung und Ausweitung der Strukturen sozialer Sicherungssysteme.

27 Die kooperative Kultivierung sozialen Lebens sei oberstes Gebot der Entwicklung.

28 **2) Nie wieder Diktatur!**

29 Nationale Mythen, rassistische Ideologien und biologistische Vernebelungen sozialer

30 Tatsachen, die systematischen Herabminderungen ganzer gesellschaftlicher Gruppen dienen
31 der Verewigung sozialer Ungleichheit.

32 Damit einher gehen militärische Gewalt sowie strikte polizeiliche Ordnungspolitik, autoritäre
33 Verhaltensmuster, die Zerstörung der Vernunft und ein Menschenbild, das unterteilt in
34 Knechte und Herren.

35 Das Extrem dieses Systems ist die Einheit von Diktatur, Massenmord und Krieg.
36 Dagegen ist zu setzen ein praktisch wirksames aufgeklärtes Menschenbild in Wissenschaft,
37 Kunst, Kultur, Politik und alltäglichem Handeln, die demokratische Partizipation in allen
38 gesellschaftlichen Bereichen, die Entfesselung aus sozialer Not und auch die volle
39 Wiederherstellung des Asylrechts.
40 Aus der Geschichte ist zu lernen.

41 **3) Aussicht**

42 „Die Kritik der Religion endet mit der Lehre, dass der Mensch *das höchste Wesen für den*
43 *Menschen sei*, also mit dem *kategorischen Imperativ, alle Verhältnisse umzuwerfen*, in denen
44 der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist.
45 Verhältnisse, die man nicht besser schildern kann als durch den Ausruf eines Franzosen bei
46 einer projektierten Hundesteuer: Arme Hunde! Man will euch wie Menschen behandeln.“
47 Karl Marx, „Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie. Einleitung“, 1844, MEW Bd. 1, S.
48 385.
49 Die gesellschaftlichen Verhältnisse sind prinzipiell menschlich zu gestalten.
50 Wohlan.

51 **4) Die Partei als Kooperative**

52 Die Linke entwickelt sich am besten als Programm-, Mitglieder- und Oppositionspartei -
53 im entsprechenden Zusammenwirken von außerparlamentarischer und parlamentarischer
54 Arbeit.
55 Sie bedarf der politischen Bildungsarbeit und des unendlichen Lernens.
56 Das Zusammenwirken aller organisatorischen Ebenen und die Aufwertung der thematischen
57 Arbeit muss neu entwickelt werden.
58 Der Hamburger Landesverband mischt sich eigenständig in die Programmdebatte der
59 Gesamtpartei ein.
60 Die Kritik der Übel ist die Alternative zur Rechtfertigung der Übel.
61 Heiterkeit beginnt mit Intervention.

62 **5) Hamburg**

63 Schwarz-Grün erhält denkbar schlechte Noten. Schlaglöcher werden geflickt. Rücktritte
64 mehren sich.

65 Rot ist der Kontrast zu Schwarz.

66 In diesem Verständnis wirken wir für:

- 67 ■ die Friedensstadt Hamburg,
- 68 ■ die Überwindung von Rechtsextremismus und Neofaschismus,
- 69 ■ die Ausweitung der sozialen Sicherungen,
- 70 ■ die demokratische Partizipation in allen gesellschaftlichen Bereichen,
- 71 ■ Bildung für Alle,
- 72 ■ Kultur für Alle,
- 73 ■ ökologisch vertretbare Wirtschaftspolitik
- 74 ■ die Rekommunalisierung (privatisierter) öffentlicher Einrichtungen.

75 Und: Für ein bewegendes Programm.

76 *„Und das Lernen des Schauspielers muß zusammen mit dem Lernen der anderen*
77 *Schauspieler, sein Aufbau der Figur mit dem Aufbau der anderen Figuren vorgenommen*
78 *werden. Denn die kleinste gesellschaftliche Einheit ist nicht der Mensch, sondern zwei*
79 *Menschen. Auch im Leben bauen wir uns gegenseitig auf.“*
80 Bertolt Brecht, „Kleines Organon für das Theater“, 1949.

Abstimmungsergebnis:	Ja: ____ Nein: ____ Enthaltungen: ____ Angenommen: <input type="radio"/> Ja <input type="radio"/> Nein
----------------------	---

Titel	Finanzplan DIE LINKE Landesverband Hamburg 2009 - 2010
Tagesordnungspunkt	5
Antragsteller	Landesvorstand
Datum	04.03.2010

Erläuterungen zum Finanzplan 2010

Die folgenden Erläuterungen zum Finanzplan 2010 gehen für den Landesverband von den (vorläufigen) Ist-Zahlen für 2009 aus. Da die Bezirke zum Zeitpunkt der Erstellung dieses Berichts noch nicht vollständig erfasst waren, sind bei ihnen auch für 2009 noch die Planzahlen eingestellt. Der Parteitag entscheidet allerdings nur über den Finanzplan des Landesverbands (farbig unterlegt), nicht über den der Bezirke. Die Daten über die Bezirk dienen lediglich der Information.

1. Bilanz 2009

Die finanzpolitischen Beschlüsse des Landesverbands für 2009 hatten das Ziel, die in 2008 aufgelaufenen Verluste durch eine kontrollierte Ausgabenpolitik zu kompensieren, ohne die politische Handlungsfähigkeit der Partei zu gefährden. Zu diesem Zweck hat der Landesvorstand den vom Parteitag im April verabschiedeten Finanzplan 2009 im Juni noch einmal korrigiert. Darüber hinaus sollte in 2009 die Verbesserung der Abläufe in Buchhaltung, Mitgliederverwaltung und Rechnungswesen sowie die Abstimmung mit den Bezirken vorangetrieben werden.

Überschuss/Defizit der Einnahmen- Ausgaben-Rechnung 2007-2009

2007: +24.900 Euro

2008: -33.100 Euro

2009 +27.200 Euro

Gemäß dem vorläufigen Rechenschaftsbericht ist das Ziel, die Landesfinanzen in 2009 zu konsolidieren, voll und ganz erreicht worden. Mit einem Überschuss von ca. 27.000 Euro konnte der Verlust von 33.000 Euro in 2008 weitgehend ausgeglichen werden. Damit ist die finanzpolitische Handlungsfähigkeit des Verbandes wieder hergestellt. Dies, obwohl der Landesverband nur mit einem geringen Bundeszuschuss von 13.000 Euro den Europa- und Bundestagswahlkampf bestreiten musste.

Auch bei der Verbesserung der Organisations- und Kommunikationsstrukturen in den Bereichen Mitgliederverwaltung und Buchhaltung sind wir gut vorangekommen, so dass jetzt zeitnah gebucht werden kann und die Mitgliederbetreuung verbessert ist. 2010 gibt es hier noch einmal deutliche Fortschritte, weil das neue Mitgliederprogramm erlaubt, dass die Bezirke ihre Mitglieder selber verwalten und auch ihre Buchhaltungsdaten (Kassenbuch) selbst eingeben können. Außerdem enthält das neue MGL auch eine Soll-Ist-Rechnung, so dass der Landesvorstand zeitnah mit Soll-Ist-Vergleichen über die Situation der Landesfinanzen informiert werden kann.

2. Finanzplan 2010

Für den Finanzplan 2010 ist einerseits unterstellt, dass die Politik der kontrollierten Ausgabenentwicklung weiter fortgesetzt wird. Ziel sollte zudem sein, eine Rücklage von 21.000 Euro aufzubauen – als Reserve vor allem für den Bürgerschaftswahlkampf 2011/2012.

Auf der Einnahmeseite wird eine Fortsetzung der positiven Mitgliederentwicklung unterstellt. Zudem werden wir durch die vermehrten Anstrengungen der BezirkschatzmeisterInnen die Zahl der NichtzahlerInnen deutlich reduzieren können. Wir haben z.Zt. noch ca. 320 NichtzahlerInnen, die aufgefordert sind, entweder ihre Beiträge zu zahlen oder einen Antrag auf Befreiung zu stellen. Trotz

dieser immer noch sehr hohe Quote liegen wir beim Durchschnittsbeitrag mit 9,20 Euro an der Spitze der westdeutschen Landesverbände. Daraus resultierte in 2009 auch ein zusätzlicher Bonus beim Länderfinanzausgleich. In der Summe erwarten wir in 2010 ein Plus bei den Mitgliedsbeiträgen von 8.000 Euro.

Bei den Zuschüsse des Parteivorstands entfällt der in 2009 gezahlte Wahlkampfkostenzuschuss. Von den von der Bundespartei zu erwartenden 58.000 Euro entfallen 50.000 auf einen Personalkostenzuschuss, so dass wir für 2010 die Aufstockung der Stelle von Heike Wokon zu einer Dreiviertelstelle dauerhaft machen konnten. In der Summe, so die Planung, werden unsere Gesamteinnahmen in etwa die gleiche Größenordnung wie 2009 erreichen.

Auf der Ausgabenseite entfallen für 2010 die Wahlkampfkosten und die Belastungen aus dem Verlustausgleich. Dies erlaubt uns die Ausgaben für den laufenden Geschäftsbetrieb (dringend nötige Investitionen in der Landesgeschäftsstelle) und – vor allem – für die allgemein politische Arbeit zu erhöhen. So wird der Etat für die Arbeitsgemeinschaften und Zusammenschlüsse um 3.000 Euro auf jetzt 15.000 Euro aufgestockt.

Beim Vergleich der Daten für 2010 mit denen aus 2009 ist zu berücksichtigen, dass Ausgaben für die politische Arbeit (2a) und sonstige Ausgaben (2d) zusammengefasst werden müssen, da die Ausgaben der Zusammenschlüsse und des Solifonds (in Spendenhöhe) im Plan (2010) gesondert ausgewiesen werden, im Rechenschaftsbericht (2009) aber überwiegend unter der Rubrik Ausgaben für allgemeine politische Arbeit auftauchen.

Herausragend bei der Entscheidung über den zusätzlichen Ressourceneinsatz ist in diesem Jahr die Kampagne gegen die Schulreformverhinderer aus den Elbvororten. Dafür sind im neuen Finanzplan 7.000 Euro eingestellt. Wegen der bundespolitischen Bedeutung dieses Volksentscheids haben wir beim Bundesvorstand zudem einen Zuschuss beantragt, der mit 10.000 Euro bewilligt wurde, so dass wir jetzt neben dem, was die Bürgerschaftsfraktion zur Verfügung stellt, 17.000 Euro dafür zur Verfügung haben. Eine Spendenkampagne soll zudem weitere Mittel bringen, so dass wir insgesamt von einem Etat von 20.000 Euro ausgehen können. Für einen anderen wichtigen Schwerpunkt der Arbeit des Landesverbands, die Bildungsarbeit, wurden 5.000 Euro in Anschlag gebracht.

In der Summe: Auf der Grundlage konsolidierter Landesfinanzen, einer kontrollierter Ausgabenentwicklung und einer angemessenen Reservebildung ist der Landesverband für die aktuellen und kommenden politischen Auseinandersetzungen finanzpolitisch gut aufgestellt und in der Lage entsprechend seinen politischen Prioritätensetzung flexibel zu agieren. Die weitere Verbesserung des Berichtswesens wird die Entwicklung der Landesfinanzen zudem noch transparenter.

**Übersicht Veränderungen Finanzplan 2010 im Vergleich zu den IST-Zahlen 2009
(Landesverband ohne Bezirke)**

a) Einnahmen

- 1) Mehreinnahmen Mitgliedsbeiträge: + 8.000 Euro (100 Neumitglieder + 150 bisherige NichtzahlerInnen)
- 2) EL-Beiträge: + 1.500 Euro
- 3) Mandatsträgerbeiträge (inkl. Solifonds): +200
- 4) Spenden: +1.500 Euro
- 5) Einnahmen sonstiges Vermögen: unverändert
- 6) Staatliche Mittel: unverändert
- 7) Einnahmen aus Veranstaltung etc.: unverändert
- 8) Zuschüsse PV: - 10.500 Euro
- 9) Zuschüsse vom Landesverband: -5.600 Euro (Wahlkampf)
- 10) Sonstige Einnahmen: +400



















b) Ausgaben

- 1) Personalausgaben: unverändert
2. Sachausgaben: +1.900 Euro
davon:
Allgemein pol. Arbeit + Sonstige Ausgaben: + 24.000 Euro
Wahlkampfkosten: - 26.100 Euro
Geschäftsbetrieb: + 3.900 Euro
3. Zuführung Wahlkampffonds: unverändert
4. Abführung EL-Beiträge: + 1500 Euro
5. Zuführung an Bezirke: -5.600 Euro (Wahlkampf 2009)
6. Zuführung in Rücklagen: +21.000 Euro

Einnahmen

Planposition	2009 - Landesverband Ist			X	2010 Plan		
	Gesamt	Landes- verband	Bezirke (Kreise)		Gesamt	Landes- verband	Bezirke (Kreise)
Einnahmen							
1. Mitgliedsbeiträge	128.254	0	0	X	136.000	0	0
davon verbleiben in den Bezirken (KV)	0	0	35.800	X	0	0	39.500
davon verbleiben im Landesverband (LV)	0	92.454	0	X	0	96.500	0
2. EL Beiträge	5.248	5.248	0	X	7.000	7.000	0
3. Mandatsträgerbeiträge	91.750	37.770	53.980	X	98.940	38.000	60.940
davon: Solifonds	4.270	4.270	0	X	10.300	4.500	5.800
4. Spenden	53.263	42.573	10.690	X	55.690	44.000	11.690
davon:				X			
Landesverband	0	0	0	X	20.000	20.000	0
zweckgebunden AGs bzw. Zusammenschlüsse	0	0	0	X	24.000	24.000	0
5. Einnahmen aus sonstigem Vermögen (Zinsen)	0	0	0	X	0	0	0
6. Staatliche Mittel (WK-Kostenrückerstattung)	25.066	25.066	0	X	25.000	25.000	0
7. Einnahmen aus Veranstaltungen, Vertrieb von Druckschriften und Veröffentlichungen und sonstiger mit Einnahmen verbundener Tätigkeit	3.674	3.674	0	X	3.500	3.500	0
8. Zuschüsse vom PV	68.677	68.677	0	X	58.000	58.000	0
davon:				X			
Wahlkampf	13.677	13.677	0	X	0	0	0
Personalkostenzuschuss	35.000	35.000	0	X	50.000	50.000	0
davon: Länderfinanzausgleich	20.000	20.000	0	X	8.000	8.000	0
9. Zuschüsse von Landesverband (für Wahlkampf)	5.600	0	5.600	X	0	0	0
10. Sonstige Einnahmen (vor allem: Büro Paech/van Aken)	14.155	11.755	2.400	X	14.700	12.200	2.500
Gesamteinnahmen	395.687	287.217	108.470	X	398.830	284.200	114.630

Ausgaben

Planposition	2009 - Landesverband Ist				2010 Plan		
	Gesamt	Landesverband	Bezirke (Kreise)		Gesamt	Landesverband	Bezirke (Kreise)
Ausgaben							
1. Personalausgaben	94.846	94.846	0		94.000	94.000	0
2. Sachausgaben darunter	225.496	134.396	91.100		214.440	137.200	77.240
a) Ausgaben für allgemeine politische Arbeit des Landesverband	95.392	61.092	34.300		95.640	59.200	36.440
Parteitage	10.338	7.938	2.400		9.800	7.000	2.800
Tagungen, Lehrgänge, Workshops - z.B. Bildungsarbeit	11.064	7.064	4.000		14.400	7.200	7.200
Veranstaltungen - außerhalb WK	40.015	28.615	11.400		26.000	13.500	12.500
Parteiliteratur, Infomaterialien	7.878	5.878	2.000		6.180	5.000	1.180
Internet	2.271	771	1.500		1.000	1.000	0
Beiträge für politische Mitgliedschaften	496	496	0		500	500	0
Öffentlichkeitsarbeit, Druckerzeugnisse und Werbemittel	22.330	10.330	12.000		22.260	10.000	12.260
(Gremien, Ausschüsse, Kommissionen) Zusammenschlüsse	1.000	0	1.000		15.500	15.000	500
b) Wahlkampfkosten	49.736	26.136	23.600		0	0	0
c) Ausgaben des laufenden Geschäftsbetriebes, davon	73.851	45.651	28.200		81.840	49.500	32.340
Geschäftsbetrieb/Materialien	14.460	7.160	7.300		16.370	8.000	8.370
Kommunikation	3.302	2.302	1.000		4.100	3.000	1.100
Anschaffungen/Abschreibungen/Versicherungen	3.773	1.773	2.000		4.710	4.000	710
Allg. Betriebskosten Geschäftsstelle (Miete etc.)	52.316	34.416	17.900		56.660	34.500	22.160
d) Sonstige Ausgaben, davon	6.517	1.517	5.000		36.960	28.500	8.460
Verlustvortrag	0	0	0		0	0	0
Ausgaben Zusammenschlüsse (in Spendenhöhe)	0	0	0		24.000	24.000	0
Ausgaben Solofonds (in Spendenhöhe)	0	0	0		8.500	4.500	4.000
Sonstiges	6.517	1.517	5.000		4.460	0	4.460
3. Zuführungen zum zentralen Wahlkampffonds	25.066	25.066	0		25.000	25.000	0
4. Abführung EL - Beiträge an PV	5.248	5.248	0		7.000	7.000	0
5. Zuführung an Bezirke bzw. Stadtteilgruppen	10.925	325	10.600		13.800	0	13.800
6. Zuführung in Rücklagen	6.770	0	6.770		44.590	21.000	23.590
Gesamtausgaben	368.351	259.881	108.470		398.830	284.200	114.630
Überschuss/Defizit	27.336	27.336	0		0	0	0

Abstimmungsergebnis:

Ja: ____ | Nein: ____ | Enthaltungen: ____

Angenommen: Ja | Nein

Titel	Bezirksverbände stärken
Tagesordnungspunkt	11
Antragsteller	BV Bergedorf (Mitgliederversammlung)
Datum	09.02.2010

Bezirksverbände stärken

Die Mitgliederversammlung des Bezirks Bergedorf beantragt einstimmig, der Landesparteitag möge beschließen:

Niemand soll durch seine/ihre ehrenamtliche Parlamentstätigkeit in den Bezirksversammlungen hinterher weniger Geld in der Tasche haben, aber auch nicht mehr!

Das bedeutet im Einzelnen:

- dass der Mandatsträgerbeitrag von Abgeordneten der Bezirksversammlungen 100% der Aufwandsentschädigung beträgt.
- dass die Bezirksverbände zusammen mit den Bezirksfraktionen Strukturen schaffen, in denen über Ausnahmen von dieser Regelung im Einzelfall auf formlosen Antrag hin beschlossen werden kann und dass bei diesen Ausnahmen der Persönlichkeitsschutz gewährleistet wird.
- dass Abgeordneten der Bezirksversammlungen und zugewählten Bürgerinnen und Bürgern alle tatsächlich entstandenen Kosten die nicht über (einbehaltene) Pauschalen (Fahrkosten, Sitzungsgeld, Kinderbetreuung, IT-Pauschale) abgegolten werden, erstattet werden bzw. gegen Beleg von der Mandatsträgerabgabe abgezogen werden können.
- Die Bezirksverbände richten zweckgebundene Fonds zur Verwendung der Spenden ein. Diese Regelung soll mit der Kandidat/inn/en-Aufstellung für die 19. Legislaturperiode umgesetzt werden.

Abstimmungsergebnis:	Ja: ____ Nein: ____ Enthaltungen: ____ Angenommen: <input type="radio"/> Ja <input type="radio"/> Nein
-----------------------------	---

Begründung

Die mehr als 1.000 Mitglieder der LINKEN in Hamburg sind in sieben Bezirksverbänden organisiert. Die Bezirksverbände (und natürlich auch die Ortsverbände) sind die territoriale Organisationsstruktur, auf deren Basis die tägliche Parteilarbeit stattfindet, Mitgliedern eine Identifikation und politischer Heimathafen angeboten wird, die Weiterbildung organisieren und das alles länger als vier Jahre. Die Bezirke führen den Wahlkampf und sind der Erfolgsgarant für unsere parlamentarische Vertretung, die außerparlamentarischen Aktivitäten und sie nehmen neue Mitstreiterinnen und Mitstreiter in unsere Partei auf.

Dazu müssen den Bezirksverbänden die notwendigen finanziellen Mittel an die Hand gegeben werden. Alleine durch unsere Mitgliedsbeiträge und dem vor Ort verbleibenden Anteil ist eine effiziente und nachhaltige Politik in den Bezirken nicht zu gewährleisten.

Gleichzeitig haben wir gemeinsam in allen Bezirken in einem tollen Wahlkampf sieben Bezirksfraktionen erkämpft. Es wurden Genossinnen und Genossen mit dem Votum ihrer Parteistrukturen durch Hamburgs Wählerinnen und Wähler in ehrenamtliche Parlamentsfunktionen

gewählt. Leider hat es im Vorfeld zumeist keine verbindlichen Vereinbarungen über das spätere Verhältnis von Fraktion und Bezirksverband gegeben.

Die dem Landesparteitag zur Abstimmung gestellte Regelung ist, zusammen mit vier weiteren Essentials, im Juli 2007 (also mehr als ein halbes Jahr vor der Wahl) von der Bergedorfer Mitgliederversammlung fast einstimmig beschlossen worden und hat sich außerordentlich gut bewährt. Entsprechend dieses Beschlusses haben sich alle Kandidatinnen und Kandidaten vor ihrer Wahl zu den Vereinbarungen bekannt und sie umgesetzt.

Die Tätigkeit in einer Bezirksfraktion ist eine ehrenamtliche Tätigkeit. Dass die Fraktionen an der vordersten Linie der Öffentlichkeitsarbeit stehen, und auch sie diejenigen sind, die bei Fehlern zuerst die Kritik einstecken, müssen ändert daran nichts. Aufwandsentschädigungen sind weder eine Entlohnung noch ein Schmerzensgeld. Aufwandsentschädigungen sind das, was der Name sagt: eine Entschädigung für den durch die Tätigkeit entstandenen materiellen Aufwand.

Aus der Praxis einer bezirklichen Spenden-Flatrate

Es ist zwar ungewöhnlich, aber aufgrund vieler kolportierter Missverständnisse anscheinend angebracht, einen erklärenden Text zum Antrag hinzuzufügen.

Es ist viel Unsinn über die seit zwei Jahren praktizierte Abgabenregelung in Bergedorf kolportiert worden. ‚Bei euch können nur gut Verdienende Politik machen‘, ‚Hartz IV-Empfänger können bei euch nicht mitmachen‘ oder der eher sympathische Begriff der ‚Revolutionssteuer‘ sind uns vorgehalten worden.

Es mag (partei-)ungewöhnlich sein, aber als Bergedorfer/innen stehen wir eigentlich auf dem Standpunkt, dass nicht alles ausformuliert werden muss, sondern wir uns auf den Sinn einer Regelung verständigen und danach handeln, auch pragmatisch handeln. Daraus mögen einige der Missverständnisse resultieren, die im Umlauf sind. Für uns war immer klar, dass niemand finanzielle Nachteile durch sein/ihr Amt erleiden darf, und es immer Ausnahmen von Regelungen geben kann. Was wären wir für eine Partei, wenn wir nicht auf die individuellen Situationen von Genossinnen und Genossen eingehen könnten?

Wir praktizieren deshalb auch verschiedene Arten dieser ‚Revolutionsabgabe‘. In unserer Praxis ist es so, dass viele Genossinnen und Genossen (das betrifft auch die zugewählten GuGs) auch ihre Sitzungsgelder und Pauschalen spenden, also über die Beschlusslage hinaus gehen oder aber, dass Sitzungsgelder einbehalten werden, dafür aber keine entstandenen Kosten verrechnet werden (i.d.R. reichen zwei Sitzungsgelder pro Monat für die tatsächlich entstehenden Kosten aus).

Die Partei kümmert sich aber auch. Nach jeder Bezirksversammlungssitzung lädt die Partei alle Abgeordneten und anwesenden Mitglieder und Sympathisanten und Sympathisantinnen zu einer Abschlussbesprechung in ein Lokal in Bergedorf ein, natürlich mit Bewirtung. Alle zugewählten Bürger/innen (auch Stellvertreter/innen) und Abgeordnete bekommen ein Abo der Bergedorfer Zeitung (die Abo-Prämie nehmen wir auch gerne als Spende an den Bezirksverband). Für die Fraktionssitzungen werden natürlich (vom Bezirksverband) belegte Brötchen bestellt und die Getränke gestellt. Mindestens einmal im Jahr ziehen wir (Bezirksverband und Fraktion) uns auf Bezirksverbandskosten zur Klausursitzung nach Lauenburg zurück, um darüber zu reden, wie es weitergeht und was wir aus dem zurückliegenden Jahr für Schlüsse ziehen können. Genossinnen und Genossen, die sich selber keine PC-Ausstattung leisten können, kann der Bezirksverband unterstützen. Wir unterstützen unsere [solid]-Gruppe im Bezirk bei ihrem Aufbau und geben unsere Bezirkszeitung, die ‚Bergedorfer Allgemeine‘, derzeit viermal im Jahr heraus.

Für 2010 hat sich der Bezirksverband Bergedorf die Aus- und Weiterbildung der Mitglieder und aktiven Unterstützer/innen auf die Fahnen geschrieben. Auch hierfür wird Geld in die Hand genommen. Alles dies und noch viel mehr kann ein Bezirksverband mit seinen Geldern machen, während Fraktionen einer rigiden Überwachung der Zweckbestimmung ihrer Gelder unterliegen und nur unter großen

Verrenkungen das ein oder andere leisten können. Das haben einige Fraktionen bei der letztjährigen Prüfung durch den Rechnungshof sicher bemerkt.

Und was machen die Fonds? Die sind noch nicht an der Grenze ihrer Leistungsfähigkeit angelangt, dafür sind sie bezirkswweit noch nicht bekannt genug. Aber wir haben insgesamt jeweils zwei Busse nach Gorleben und Berlin finanziert. Unsere Fonds ermöglichen uns die Preise nicht von ihrer Kostendeckung, sondern von ihrer Sozialverträglichkeit her zu gestalten. Das kommt gut an und wird im Bezirk auch wahrgenommen. Wir können dem selbstverwalteten Jugendzentrum auf die Schnelle einen Schaukasten finanzieren oder überraschend mit neuen Bierzeltgarnituren für ihren Garten vorbeischaun. Wir könnten aber auch eine Antifaausstellung finanzieren, wenn es nicht taktisch klüger wäre, auch andere zum Zuge kommen zu lassen und nur einen (größeren) Teil zu übernehmen. Aber es macht ein sehr gutes Bauchgefühl, wenn man trotzdem weiß, egal wie sich andere beteiligen, dass diese Ausstellung stattfinden wird, weil wir es (finanzieren) können!

Und, ganz unbescheiden, haben einige von euch an unserer Spendenpraxis ja auch schon partizipiert. Wir haben zur Wahlfete des Landesverbandes am 27.09.09 in Wilhelmsburg 1.000,- Euro beigetragen, auch um diese beginnende zerfleischende und wirre Diskussion (mitten im Wahlkampf!) über den Ort der Fete beenden zu können. Das wurde auch dadurch möglich, dass alle drei Abgeordneten (von der Fraktion bereits mit Laptops ausgestattet) ihrer IT-Pauschale (je 1.200,- Euro) gespendet haben. Die Abgeordneten in den Bezirksversammlungen, partizipieren von den Honigtöpfen des Staates. Unsere Abgeordneten in den Bezirken wären nicht da wo sie heute sind, wenn nicht unsere Partei ihnen im Vorfeld der Wahl Vertrauen entgegengebracht hätte. Ohne die Partei wird es unsere Fraktionen nicht geben, aber ohne die Fraktionen gibt es immer noch die Partei. Für uns ist es daher keine Frage, wer das Rückgrat unserer politischen Arbeit ist, auch wenn die Egos nicht gerade darunter leiden, regelmäßig in der Tageszeitung erwähnt zu werden, aber das auch nur, weil die Partei die Genossinnen und Genossen dorthin geschickt hat – und die Wähler/innen anscheinend nichts dagegen hatten.

Titel	Mandatsträgerbeitragsordnung für Bezirksfraktionen
Tagesordnungspunkt	11
Antragsteller	Dora Heyenn, Peter Heim, Herbert Schulz
Datum	10.03.2010

Mandatsträgerbeitragsordnung für Bezirksfraktionen

1. Diese Mandatsträgerbeitragsordnung gilt für alle Bezirksfraktion der LINKEN in Hamburg. Zubenannte Bürger leisten keinen Mandatsträgerbeitrag.
2. Mit der Kandidatur für ein Mandat erkennen die Bewerberinnen und Bewerber die Mandatsträgerbeitragsordnung als verbindlich an und bekunden das durch ihre Unterschrift.
3. Diese Mandatsträgerbeitragsordnung gilt für parteilose Mitglieder linker Fraktionen in gleicher Weise.
4. Die Mandatsträgerbeiträge werden von den Entschädigungen der Abgeordneten berechnet. Sitzungsgelder bleiben außer Betracht.
5. Von der einfachen Entschädigung werden 10 %, von der zweiten Entschädigung für stellvertretende Fraktionsvorsitzende und Fraktionsvorsitzende sowie von der dritten Entschädigung für die Vorsitzenden werden 15 % berechnet und jeweils auf ganze Euro aufgerundet. Daraus ergibt sich ein Mandatsträgerbeitrag für einfache Abgeordnete von 37 Euro, für stellvertretende Vorsitzende 88 Euro und für Vorsitzende 150 Euro. Die Summe dieser Beträge ergibt den Mandatsträgerbeitrag der Fraktion. Werden die Entschädigungen erhöht, sind die Mandatsträgerbeiträge entsprechend anzupassen.
6. Können Abgeordnete den Mindestbeitrag vorübergehend nicht in voller Höhe zahlen, so kann dieser Beitrag reduziert werden. In diesem Fall nimmt die jeweilige Fraktion einen internen Sozialausgleich vor, sodass der gesamte Mandatsträgerbeitrag der Fraktion in der Regel davon unberührt bleibt.
7. Spenden der Fraktionsmitglieder in einen Soli- oder Projektfond der jeweiligen Fraktion werden zusätzlich geleistet und sind mit den Mandatsträgerbeiträgen nicht verrechenbar.
8. Die Zahlung der Mandatsträgerbeiträge ist monatlich zu leisten.

Abstimmungsergebnis:	Ja: ____ Nein: ____ Enthaltungen: ____ Angenommen: <input type="radio"/> Ja <input type="radio"/> Nein
-----------------------------	---

Begründung:

Abgeordnetenentschädigungen für die politische Arbeit in Parlamenten wurden kurz vor der Weimarer Republik eingeführt.

Die Geschichte der Abgeordnetenentschädigung begann mit der Erfindung der Demokratie. Erst nach vielen Anläufen wurde durch Druck der Arbeiterbewegung und auf Drängen der SPD 1906 das Diätenverbot aufgehoben. Davor mussten die Abgeordneten über Vermögen verfügen, um mittels der Privateinkünfte ihr Mandat überhaupt finanzieren zu können. Arbeitern und kleinen Angestellten waren daher benachteiligt, wenn sie denn überhaupt zur Parlamentswahl antreten konnten.

In der Weimarer Republik erhielt das Recht auf Abgeordnetenentschädigung erstmalig Verfassungsrang. Im Jahr 1949 wurde die Abgeordnetenentschädigung in Artikel 48 Abs. 3 Grundgesetz festgeschrieben. Die Mandatsträgerabgaben wurden eingeführt, weil es zu Beginn der BRD noch keine staatliche Parteienfinanzierung gab. Nach ihrer Einführung hat man die Mandatsträgerabgaben beibehalten. Sie machen für alle Parteien vom gesamten Finanzaufkommen einen Anteil von unter 10 % aus.

Die Mandatsträgerabgaben sind formell freiwillig, ein Rechtsanspruch der Partei besteht nicht. Die Höhe der Mandatsträgerabgaben ist unterschiedlich. Das trifft insbesondere für die Bezirksfraktionen in Hamburg zu. Deshalb legen wir einen Antrag vor, um eine Mandatsträgerbeitragsordnung für die Bezirke zu beschließen.

Die zur Zeit angewendete Praxis in Hamburg unterscheidet sich grundsätzlich zwischen einer 100%igen Abgabe der Entschädigungen an die Partei und einer prozentualen Abgabe unterschiedlichster Größenordnung, wenn wir mal die besonderen Lebenslagen beiseite lassen, die einzelne Abgeordnete dazu zwingen können, vorübergehend keine Abgaben zu leisten.

Die Vertreter der 100%-Regelung verknüpfen ihr Modell mit dem Postulat, dass Niemand durch seine Parlamentstätigkeit in der Bezirksversammlung hinterher weniger Geld in Tasche haben soll, aber auch nicht mehr.

Das erscheint uns im Zusammenhang mit den Regelsätzen zu Hartz IV als äußerst problematisch und wir sehen darin eine starke Tendenz, dass dadurch genau dieser Personenkreis aus den Parlamenten ausgegrenzt wird.

Ganz im Gegenteil, immer mehr Besserverdienende werden für DIE LINKE in die Parlamente gehen. Die Grünen haben es uns vorgemacht – wir sollten das vermeiden.

Wir haben eine Mandatsträgerbeitragsordnung vorgelegt, die zum Ziel hat, dass es in allen Bezirken für DIE LINKE in Hamburg eine einheitliche Orientierung gibt und dass sie sich an die im Durchschnitt auf Bundesebene übliche Höhe der Abgaben anlehnt.

Der Bundesdurchschnitt der Partei DIE LINKE liegt bei 10% - 12%. Daran hat sich auch die Bürgerschaftsfraktion 2007 orientiert. Deshalb schlagen auch wir eine 10 - 15 - 15 - Regelung vor. In Zahlen ausgedrückt bedeutet das:

Von der einfachen Entschädigung zahlen Abgeordnete 10% (macht 37 €), von der zweiten zahlen stellvertretende Fraktionsvorsitzende und Fraktionsvorsitzende 15% (macht zusammen 88 €) und von der dritten zahlen Fraktionsvorsitzende ebenfalls 15% (macht zusammen 150 €).

Die Summe dieser Beiträge ergibt den Mandatsträgerbeitrag der Fraktion. Nach diesem Modell liegen die Beiträge der Bezirksfraktionen zwischen 11% und 12,5%.

Im Vorwege ist eingewandt worden, dass dadurch kleine Fraktionen im Verhältnis mehr zahlen müssten als große. Das ist richtig, aber wir halten es für gerechter, dass die einzelnen Abgeordneten und die aus dem Fraktionsvorstand gleich viel zahlen, egal in welcher Bezirksfraktion in Hamburg sie tätig sind.

Auch der Argumentation, die von einem bestimmten Bedarf der Partei ausgeht, können wir nicht folgen. Im Extremfall würde es bedeuten, dass bei Verdopplung der Mandate nach der nächsten Wahl die Mandatsträgerabgaben sich halbieren. Das kann doch keiner wollen.

In unserem Antrag gehen wir davon aus, dass wie bereits in einigen Fraktionen praktiziert, die Fraktionsmitglieder in einen eigenen Soli- oder Projektfond zusätzlich Spenden abführen, die nicht mit den Mandatsträgerbeiträgen verrechnet werden dürfen.

Wir schlagen vor, dass zubenannte Bürger keinen Mandatsträgerbeitrag leisten sollen. Auch auf Bürgerschaftsebene leisten die Deputierten keine Abgaben.

Ziel unseres Antrages ist, dass alle, die sich für ein Mandat für die Bezirksversammlung bewerben, vor der Wahl die heute zu beschließende Mandatsträgerbeitragsordnung als verbindlich anerkennen und unterschreiben.

Wir hoffen auf eure Unterstützung.

Titel	Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen Fraktionen und Partei
Tagesordnungspunkt	11
Antragsteller	Ortsverband Alstertal-Walddörfer
Datum	10.03.2010

Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen Fraktionen und Partei

DIE LINKE. Ortsverband Alstertal und Walddörfer fordert den Landesverband Hamburg auf, sich für eine Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen Fraktionen und Partei einzusetzen und wie folgt Stellung zu nehmen und zu beschließen:

Um die parlamentarische und außerparlamentarische Arbeit mit der aktuellen Parteientwicklung besser in Einklang zu bringen und die historischen Erfahrungen mit der „Verparlamentarisierung“ von Parteien aufzuarbeiten, folgt DIE LINKE in Hamburg den folgenden Leitlinien:

- 1 Der kontinuierlichen und aktiven Mitarbeit von Mitgliedern in außerparlamentarischen Initiativen, Verbänden und den Gewerkschaften kommt besondere Bedeutung zu. Sie werden von der LINKEN nach Kräften unterstützt und insbesondere von den zu stärkenden Arbeitsgemeinschaften und Zusammenschlüssen wahrgenommen. Es wird erwartet, dass Abgeordnete, Ausschussmitglieder und Deputierte in den AGs mitarbeiten, dass die AGs den Fraktionen zuarbeiten und diese eng kooperieren. Hiermit wird ein ständiger Erfahrungs- und Informationsaustausch angestrebt.
- 2 Zur Koordination der Arbeit nehmen Fraktionsmitglieder regelmäßig an den jeweiligen Vorstandssitzungen teil. Den Bezirksfraktionen wird empfohlen, eine Anlaufstelle (Bürgersprechstunde) für soziale Bewegungen zu schaffen und zu bewerben.
- 3 Der Parteitag empfiehlt den Fraktionen, regelmäßig öffentliche Anhörungen und öffentliche Versammlungen über die Arbeit durchzuführen (Fraktion vor Ort).
- 4 Der Landesparteitag empfiehlt der Bürgerschaftsfraktion und die Bezirksparteitage den Bezirksfraktionen personelle Vorschläge für die Fraktionsvorstände, die die Fraktionen alle zwei Jahre wählen.
- 5 Der Landesvorstand wird beauftragt, zusammen mit den Fraktionen eine Mandatsträgerbeitragsordnung zu erstellen, die sozial gestaffelte Mandatsträgerbeiträge für Abgeordnete, zugewählte Bürger und Deputierte vorsieht. Den Fraktionen wird empfohlen, jeweils einen Projektfond einzurichten, der Initiativen vor Ort und demokratische und soziale Projekte unterstützt
- 6 Es wird davon ausgegangen, dass bei bezahlt tätigen Fraktionsgeschäftsführern, Pressesprechern und Landes- und Bezirksgeschäftsführern zwischen Parteivorständen und Fraktionen Einvernehmen hergestellt wird.
- 7 Es wird weiterhin davon ausgegangen, dass alle Beschäftigungsverhältnisse parteiöffentlich ausgeschrieben werden und erst nach Stellungnahmen der Vorstände besetzt werden. Transparenz ist wichtig, damit sich kein, letztendlich von Staatszuschüssen abhängiger Parlamentsapparat (wie bei anderen Parteien) entwickelt.

- 8 Die Fraktionen werden aufgefordert, ihre Geschäftsordnungen nach Beschlussfassung diesen Regeln anzupassen.

Abstimmungsergebnis:	Ja: ____ Nein: ____ Enthaltungen: ____ Angenommen: <input type="radio"/> Ja <input type="radio"/> Nein
----------------------	---

Begründung:

Die weitere Begründung erfolgt mündlich.

Einstimmig beschlossen auf der Mitgliederversammlung des Ortsverbandes Alstertal und Walddörfer am 21.10.2008.

*Christian Kruse
(für DIE LINKE. Ortsverband Alstertal und Walddörfer)*

Titel	Parteientwicklung
Tagesordnungspunkt	11
Antragsteller	Landesvorstand
Datum	12.03.2010

Parteientwicklung

1. Der Landesvorstand wird beauftragt am Samstag, den 18. September 2010 eine große, ganztägige, parteiöffentliche Tagung zur Diskussion der Probleme der Parteientwicklung durchzuführen.
2. Er soll sicherstellen, dass alle Gliederungen und Zusammenschlüsse sowie der Jugendverband und der Studierendenverband auf dieser repräsentiert sind und in die Vorbereitung einbezogen werden.
3. Das Diskussionspapier in der Variante vom 25. März des Landesvorstandes zum Thema wird zur Vorbereitung der Tagung als Arbeitsmaterial überwiesen.

Abstimmungsergebnis:	Ja: ____ Nein: ____ Enthaltungen: ____ Angenommen: <input type="radio"/> Ja <input type="radio"/> Nein
-----------------------------	---

Zu übergebendes Diskussionspapier:

Diskussionspapier Parteientwicklung

Fast vier Jahre nach ihrer Gründung ist die Partei DIE LINKE zu einer von den Menschen anerkannten politischen Kraft geworden. Das Ergebnis der Bundestagswahlen zeigt, dass die Partei mit ihren Kernforderungen von Mindestlohn, Abschaffung von Hartz IV und bedingungslosem Rückzug aus Afghanistan sich bei vielen Menschen als glaubwürdige politische Alternativen hat präsentieren können. Gleichzeitig sind auch die Mitgliederzahlen stark gestiegen und nähern sich die Wahlergebnisse im Westen ganz allmählich denen im Osten an.

Parteibildungsprozess

Insbesondere im Zusammenhang mit dem Rücktritt Oskar Lafontaines vom Fraktions- und Parteivorsitz ist nun aber deutlich geworden, dass die weitere Entwicklung der Partei sowohl bezogen auf ihr politisches Führungspersonal wie auch insbesondere politisch programmatisch durchaus strittig ist. Welchen Kurs wollen wir einnehmen bzw. ob und wie lassen sich die teilweise gegensätzlichen Politikvorstellungen vereinbaren?

Die Bandbreite reicht von Verfechtern eines außerparlamentarischen Wegs bis zu Unterstützern von Regierungsbeteiligungen. Für die Mehrheit innerhalb der Partei geht es allerdings nicht prinzipiell um die Frage Regierungsbeteiligung ja oder nein, sondern um die Klärung der Frage, unter welchen Bedingungen DIE LINKE sich in ein solches politisches Bündnis begibt.

Dieser Bogen ist in allen Landesverbänden vorhanden, obwohl sich die Ausprägung der Extreme auf Grund der Stärke der Landesparteien, also der Möglichkeit von Regierungsbeteiligungen sowie Verschiedenheiten in der regionalpolitischen Lage und der örtlichen Kräfteverhältnissen teilweise stark unterscheidet. Historisch begründet ergeben sich vor diesem Hintergrund nach wie vor große

Unterschiede zwischen Ost- und Westverbänden – auch wenn auch im Osten die Kritiker von Regierungsbeteiligungen, bei denen bestimmte Minimalbedingungen nicht eingehalten werden, zunehmen.

Für die politische **Glaubwürdigkeit** der LINKEN ist diese Frage von herausragender Bedeutung. Für den Hamburger Landesverband sind etwa unsere Kernforderungen aus dem Bundestagswahlprogramm nicht verhandelbar. Auch für Hamburg gibt es solche Minimalbedingungen: So ist für uns die z.B. Kürzung von Sozialleistungen oder der Abbau von Beschäftigung im öffentlichen Dienst nicht akzeptabel. Regierungsbeteiligung ist kein Selbstzweck. Die Minimalforderung ist, dass dabei Verbesserungen für die Lebensumstände der Lohnabhängigen und der von Sozialleistungen angewiesenen Menschen herauskommen. Gleichzeitig muss in unserer Politik auch immer eine sozialistische Transformationsperspektive, ein grundlegender gesellschaftlicher Umbau angelegt sein. Wenn diese Minimalbedingungen nicht durchsetzbar sind, wird DIE LINKE weiter aus der Opposition heraus ihre Politik zusammen mit außerparlamentarischen Kräften der Zivilgesellschaft entwickeln. Auch aus der Opposition heraus kann man gestaltend wirken. Unsere Beteiligung an der Kampagne gegen die Schulreformverhinderer aus den Elbvororten und die in diesem Zusammenhang erreichten Verbesserungen wie Abschaffung des Büchergeldes und kleinere Klassen, sind dafür ein Beispiel.

Programmdebatte

Die Heftigkeit der jüngsten Diskussionen um das Profil der Partei DIE LINKE im Bund und in den Ländern war sicher auch der Tatsache geschuldet, dass die überfällige Diskussion um ein neues Grundsatzprogramm so lange geschoben wurde. Ende März soll nun ein erster Entwurf für ein neues Grundsatzprogramm vorliegen und wir werden uns als Hamburger Landesverband intensiv an der folgenden Debatte beteiligen.

Diese Diskussion wird bei uns koordiniert vom offenen Arbeitskreis (AK) Programm. Vorgeschlagen sind u.a.

- Sicherung Hamburger Beteiligung an überregionalen Programmdiskussionen;
- Veröffentlichung aller relevanter Beiträge, Thesen, Alternativen auf einer eigenen Homepage;
- Einbeziehung von Linken aus Gewerkschaften, Bewegungen, Initiativen und linken Intellektuellen (auch in Absprache mit der RLS)
- eigene öffentliche Veranstaltungen;
- regelmäßige Beiträge im Landesinfo und in der „Hamburg Debatte“;
- Durchführung von Programmdiskussionen in Ortsverbänden, Bezirken und LAGs;
- monatliche Plenumsdiskussionen des AK Programm zu relevanten Fragestellungen;
- Im Herbst 2010 und Frühjahr 2011 ist das Programm ein wichtiger TOP auf Landesparteitagen

Pluralität

Vor dem Hintergrund unserer ganz unterschiedlichen Herkunft, unserer Programmatik und auch leidvoller historischen Erfahrungen ist das Konzept der Pluralität der LINKEN konstitutiv und bewusst gewollt. Um Pluralität fruchtbar zu machen, bedarf es des respektvollen Umgangs miteinander. Und das ist keine Frage von Umgangsformen, obwohl auch die wichtig sind, sondern bedeutet, die politischen Positionen anderer Personen oder Strömungen zu respektieren, und noch wichtiger, die eigene Position als eine von mehreren möglichen zu relativieren. Und ein Bewusstsein dafür zu entwickeln, dass die eigene Position erst durch den Zusammenhang, den eine plurale LINKE bietet und herstellt, politische Relevanz bekommt. „Jede Position für sich genommen ist IRRELEVANT!“ (Gregor Gysi) Nur eine solche Herangehensweise schließt aus, dass alte ideologische Schlachten noch einmal geschlagen werden.

Es kommt vielmehr darauf an, *Verständigungsprozesse* bei der Entwicklung der gemeinsamen Politik zu organisieren. Um zu Beschlüssen zu kommen, die auch von allen getragen werden und die Grundlage bilden für gemeinsames Handeln der ganzen Partei. Wenn wir die Entwicklung des Landesverbandes der letzten 3-4 Jahre von der Vereinigung bis heute betrachten, kann man sagen, dass wir uns auf einem guten Weg befinden und schon viel geleistet haben, besonders an programmatischer Arbeit.

Mitgliederentwicklung

Nach wie vor sind die Anforderungen an die Parteientwicklung in Ost und West sehr unterschiedlich, auch wenn einige Problemfelder nahezu identisch sind. Zu letzterem zählen die Problematik eines nach wie vor hohen Altersdurchschnitts unserer Mitgliedschaft sowie Schwierigkeiten in der aktiven Beteiligung jüngerer und neuer, politisch unerfahrener Mitglieder.

Auch in Hamburg besteht ein großer Teil der Aktiven aus GenossInnen, die noch aus den Quellparteien stammen, die die Vereinigung und Gründung der LINKEN bewerkstelligt haben und die oft auch schon auf davor liegende politische Erfahrungen, sei es in Parteien oder Gewerkschaften, aufbauen konnten. Dieses Auseinanderklaffen der Erfahrungshorizonte führt u.a. zu Informationshierarchien, die die Beteiligung vieler Mitglieder erschweren. Die Arbeit verteilt sich dadurch trotz wachsender Mitgliederzahlen auf zu wenige Schultern. Dringend erforderlich ist es, unerfahrene Mitglieder besser zu beteiligen. Dazu bedarf es auch spezieller Qualifizierungen in inhaltlicher politischer Bildung sowie praktischer politischer Arbeit.

Dies kann in Seminarform über regelmäßige **Neumitgliedertreffen** auf Bezirks- oder –besser noch – auf Ortsebene, aber auch durch Betreuung von Neumitgliedern durch feste Ansprechpartner als Mentorenprogramme geschehen. Letzteres wird vereinzelt schon mit gutem Erfolg praktiziert. Um den neuen Mitgliedern die Beteiligung an der Arbeit zu erleichtern, wollen wir eine kleine Broschüre herstellen, in denen alle wichtigen Basisinformationen versammelt sind: über Selbstverständnis und Parteistrukturen, über Gliederungen und LAGs, jeweils mit AnsprechpartnerInnen zur leichten Kontaktaufnahme.

Nach wie vor gibt es Schwierigkeiten bei der Konsolidierung von **Leistungsstrukturen** auf Bezirks- und Ortsebene vor dem Hintergrund eines sich regional weiter differenzierenden Landesverbandes. Bei nicht oder nur unzureichend besetzten Leitungsgremien hat die Landesebene die Aufgabe, hier für praktische und konkrete Unterstützung der Vorstände zu sorgen, damit die Schwierigkeiten sich nicht potenzieren. Das könnte so aussehen, dass erfahrene Genossinnen und Genossen, die durch Ämter oder Mandate nicht (mehr) so belastet sind, um unterstützende Mitarbeit gebeten werden, um die Leistungsstrukturen zu stabilisieren. Im Bezirk Eimsbüttel wird das mit gutem Erfolg praktiziert und ist nachahmenswert.

In der **innerparteilichen politischen Bildung** haben wir in Hamburg einen vergleichsweise hohen Entwicklungsstand erreicht dank der kontinuierlichen Arbeit zahlreicher Genossinnen und Genossen vor allem im Arbeitskreis Fortbildung. In diesem Zusammenhang könnten die im Thema eingearbeiteten LAGs noch stärker eingebunden werden. Dies würde auch zur notwendigen Stärkung der LAGs, vielleicht auch in personeller Hinsicht beitragen.

Generell gilt es, die LAGs und Zusammenschlüsse zu stärken, um kontinuierliches inhaltliches Arbeiten und das Weitergeben von Erfahrungen zu ermöglichen. LAGs, besonders die mitgliederschwachen, gilt es durch Veröffentlichungen in Verbandsorganen zu bewerben.

Speziell für die Förderung des **Jugendverbands** sind folgende teilweise auch in anderen Landesverbänden bewährte Maßnahmen in der Diskussion:

1. Zusammenarbeit von Gremien und AGs der Partei mit dem Jugendverband
2. Einführung des Amtes des Jugendpolitischen Sprechers

3. Verstärkte finanzielle Förderung des Verbandes Linksjugend[‘solid] und des SDS Langfristig muss die Einrichtung eines Landesgeschäftsführers von Linksjugend[‘solid], wie es in anderen Bundesländern existiert, durch die Partei unterstützt und finanziert werden, um dem Jugendverband eine effektive Arbeit auf Landesebene zu ermöglichen. Diese Stelle macht die Arbeit des Jugendverbandes kontinuierlicher und das Mitgliederpotenzial des Jugendverbandes kann besser ausgeschöpft werden.

Ein zentrales Problem der Parteientwicklung ist, dass **Frauen** in unserer Mitgliedschaft deutlich unterrepräsentiert sind. Die Quotenregelung stellt zwar sicher, dass Frauen in Funktionen gleichberechtigt vertreten sind, aber im Alltagsleben der Partei (Versammlungen, Arbeitsgemeinschaften etc.), zeigt sich zumeist eine deutliche Männerdominanz. Ob eine zunehmende Beschäftigung mit Feminismus und Emanzipationsthemen hier sinnvoll ist und/oder eine Veränderung der Angebote und Diskussionsstrukturen Erfolg bringt, gilt es auszuprobieren. Der neue Landesvorstand sollte zusammen mit der AG Lisa und anderen interessierten Frauen in unserer Partei praktische Vorschläge erarbeiten (mögliches Beispiel: Frauenplena vor Landesparteitagen).

Verhältnis Partei und Fraktionen

Auch zum Verhältnis von Partei und ihren parlamentarischen Vertretungen gibt es in einer pluralen LINKEN zum Teil sehr unterschiedliche Auffassungen. Oft verbleiben sie im Grundsätzlichen und werden als allgemeines Prinzip geäußert, und ebenso oft entzünden sich unterschiedliche Standpunkte an Einzelfragen. Das ist für eine linke Partei, die seit 2008 zum ersten Mal nach Jahrzehnten parlamentarisch vertreten ist, eher normal.

Völlig unstrittig ist, dass die Fraktionen dem gleich programmatischen Anspruch verpflichtet sind wie die Partei insgesamt, schließlich sind sie ein Teil der Partei. Aber aufgrund ihrer relativen Selbständigkeit im politischen System, ihrer unterschiedlichen Geschwindigkeit und personellen Stärke ist die Abstimmung der politischen Aktivitäten von Partei(gliederungen) und Fraktionen eine große Herausforderung, die vor allem eine gemeinsame *Schwerpunktsetzung* und gute *Kommunikation* und *Koordination* erfordert. Hinzu kommt die Schwierigkeit, dass Parteien, auch DIE LINKE, von der medialen Öffentlichkeit nahezu ausschließlich über die Aktivitäten ihrer Parlamentarier wahrgenommen werden, was auch innerparteilich die Sicht auf das Problem manchmal verzerrt.

Es geht zwei Jahre nach dem erstmaligen Einzug in die Bürgerschaft und die Bezirksparlamente für die nächste Zukunft darum, Arbeitsweisen zu entwickeln, die dem gemeinsamen programmatischen Anspruch genügen und ihn praktisch werden lassen. Dazu wird dem LPT ein Antrag vorliegen, der z. Zt. noch im Umlauf ist und in den Parteigliederungen noch diskutiert wird, mit Empfehlungen für die praktische Zusammenarbeit.

Koordination

Der Landesverband Hamburg ist in den letzten zwei Jahren nicht nur größer geworden, sondern auch komplexer, was seine innere Struktur angeht. Einmal differenziert er sich aus in Ortsverbände und Basisorganisationen, die in einer aktiven Mitgliederpartei zwar nicht autonom, aber doch relativ selbständig auf der Grundlage unserer Programmatik ihre Politik- und Aktionsschwerpunkte entwickeln und festlegen. Hier ist die Orientierung auf längerfristige Schwerpunkte notwendig. Zum anderen sind vor zwei Jahren die acht Fraktionen, also die parlamentarische Ebene dazu gekommen. Dadurch ist der Bedarf an Koordination sprunghaft gestiegen. Das betrifft die Abstimmung und Verzahnung von politischen Aktivitäten in den Gliederungen mit der parlamentarischen Arbeit der Abgeordneten und Fraktionen und beides gegebenenfalls mit außerparlamentarischen Bewegungen. Hier gibt es schon einige gute Erfahrungen, z.B. bei diversen

Bürgerbegehren und Bürgerentscheiden und jetzt gerade bei der Kampagne zum Volksentscheid, deren Vorbereitungen gut anlaufen.

Es betrifft aber auch die Zusammenarbeit von Bürgerschaftsfraktion und (interfraktionell) den Bezirksfraktionen bzw. einzelnen Abgeordneten sowie dem Parteiaktiv in den Gliederungen. Auch hier ist eine klare Schwerpunktsetzung der entscheidende Faktor. Die Koordination im Kita und Kinder- und Jugendbereich ist ein gutes Beispiel für gute Zusammenarbeit. Ähnliche Kooperationsberatungen hat es auch im Bereich Stadtentwicklung sowie Mieten und Wohnen, Verkehr und Soziales gegeben. Dies gilt es zu verstetigen und ist eine wichtige Aufgabe des neuen Landesvorstands.

Titel	Einladung zur Diskussion „Sexismus hat in der Partei DIE LINKE und auch sonst wo nichts zu suchen“ Die Bereitschaft zur Selbstreflektion wird vorausgesetzt
Tagesordnungspunkt	12
Antragsteller	Kersten Artus, Hildegard Heinemann, Charlotte Wilken, Dagmar Kiese, Elisabeth Baum, Hartmut Obens, Regina Jürgens, Anke Ehlers, Michael Sauer, Reinhild Schwardt
Datum	05.03.2010

Einladung zur Diskussion

„Sexismus hat in der Partei DIE LINKE und auch sonst wo nichts zu suchen“

Die Bereitschaft zur Selbstreflektion wird vorausgesetzt

Die UnterzeichnerInnen beantragen, dass dieses Papier als Diskussionsgrundlage in allen Gliederungen und LAGs der Partei DIE LINKE in Hamburg in den kommenden Wochen diskutiert wird. Die Diskussionsverläufe und Zwischenergebnisse sollen festgehalten werden. Für den kommenden Parteitag schlagen die UnterzeichnerInnen vor, eine Debatte mit Beschlussfassung über die Position zum Sexismus zu führen.

Abstimmungsergebnis:	Ja: ____ Nein: ____ Enthaltungen: ____ Angenommen: <input type="radio"/> Ja <input type="radio"/> Nein
-----------------------------	---

Zu übergebendes Diskussionspapier:

1) Um was geht es:

Die Reduzierung einer Person auf ihr Geschlecht und die entsprechende Zuweisung bestimmter Rollen, Verhaltensweisen und Eigenschaften zum Zwecke der Herabwürdigung dieser Person – mit dem Ziel der eigenen Erhöhung – nennt man Sexismus. Nicht immer nur bewusst wird Sexismus umgesetzt und angewandt, sondern vielmehr alltäglich durch die Reproduktion nicht hinterfragter Rollenbilder, Normen und seit Kindheit erlerntem Verhalten. Ähnlich wie bei Rassismus spiegeln sich Hierarchien und Ausstattungen mit Machtprivilegien, die es gilt aktiv zu erkennen, benennen und gemeinsam zu überwinden. Sexismus ist nichts neues, sondern strukturell in unserem System verankert. Wir gehen von einer Vielzahl von Geschlechterverhältnissen aus, wo es ebenfalls zu starken Diskriminierungen durch die heterosexistische Zweigeschlechtlichkeitsnorm kommt. Gemeinsam ist, dass Geschlechterverhältnisse nicht von Natur gegeben sind. Sie basieren auf gesellschaftlichem Wissen, geprägt vom Patriarchat und sind somit nicht auf biologische Gegebenheiten zurückzuführen, daher auch nicht verallgemeinerbar, legitimierend oder unauflösbar. Bei der Auseinandersetzung um Sexismus und dem Kampf dagegen geht es darum, ein Leitbild zu verfolgen. Wer für eine gerechte Gesellschaft kämpfen will, kämpft gegen Sexismus und für Geschlechtergerechtigkeit. Das eine geht nicht ohne das andere. Es geht nicht um „Political

Correctness“, einem „feministisches Spaßverbot“ oder das Beschimpfen einzelner. Es geht darum zu verstehen, dass Sexismus und sexistisches Verhalten herrschende Strukturen reproduziert und Unterdrückungsverhältnisse außer Acht lässt. Zudem werden über Verletzungen und Herabwürdigungen Frauen und Männer einschränkt und reduziert, **so dass Sexismus der Partei DIE LINKE Potenzial nimmt.**

2) **Selbstverständnisdiskussionen finden kaum statt:**

In der Partei DIE LINKE werden Gleichstellungsfragen unter anderem bei folgenden inhaltlichen wie strukturellen Themen debattiert: Quotierte Vorstände, Rede- und KandidatInnenlisten, optische Präsenz der Geschlechter in Publikationen, Forderungen nach gleichem Entgelt & Bildung, Steuergerechtigkeit, Freiheit der Berufswahl für Frauen und Mädchen, Armutsfragen, Mutter-/Vaterrollen. Sie werden teils sehr konflikthaft diskutiert, fordern uns als Partei aber noch zu wenig: Kein Parteimitglied muss sich mit dem eigenen, ganz individuellem Verhalten in Bezug auf das andere Geschlechter auseinandersetzen. Selbstverständnisdiskussionen finden nicht oder kaum statt. Eine feministische Gleichstellungspolitik setzt jedoch in unseren Köpfen an, weswegen wir eine Auseinandersetzung benötigen, die jenseits der Forderungen von Quoten liegt. Nur so können wir vermeiden, dass es immer wieder zu sexistischen Verhaltensweisen kommt, **die die Partei lähmen und Frauen – bewusst oder unbewusst – ausgrenzen?**

3) **Bei uns? Niemals! – Oder doch?**

Der Klassiker: der Bundesparteitag. Die Delegierten werden scharenweise unruhig, reden, verlassen den Raum, nur weil weibliche Delegierte die Ergebnisse des Frauenplenums vorstellen. Eine Intervention findet nicht statt. Redeverhalten, Aufgabenverteilung oder Informationshierarchien – in ihrer politischen Arbeit sehen sich Frauen permanent mit der Aufgabe konfrontiert, besser, lauter und sichtbarer sein zu müssen. Die Strukturen, die bei uns angewendet werden, erleichtern die politische Teilhabe nicht. Viele Frauen werden ausgeschlossen, weil sie aufgrund ihrer Familiensituation an bis in den späten Abend stattfindenden Sitzungen nicht teilnehmen können. Auch weibliche Parteimitglieder sind doppelt- und dreifach belastet wie Millionen andere Frauen in dieser Gesellschaft. Sie sind daher in geringerer Anzahl in Vorständen vertreten, bzw. kandidieren gar nicht erst dafür. Belastend für Frauen ist zudem männlich dominantes und aggressives Redeverhalten. Hinzu kommen weitere Aspekte: Wie stark wird das Äußerliche bei einer Frau bewertet, wie stark bei einem Mann. Und es gibt zu wenige Identifikationspersonen und eine unterentwickelte weibliche Lobby: unter anderem durch die bislang männliche Doppelspitze auf Bundesebene.

4) **Wie ernst ist es der Partei und jedem Parteimitglied – männlich wie weiblich – mit frauenspezifischen Forderungen?**

Die Betriebswirtschaftslehre hat den Begriff der gläsernen Decke inzwischen für sich erkannt, der beschreibt, dass die Karriereleiter für Frauen zwangsläufig irgendwann enden muss. Dabei werden durch die so genannten „Old-Boys Networks“ Einstellungsverfahren verzerrt. Die Stimmen der Frauenbeauftragten verkommen zu bloßen Alibibekundungen. Trifft das Gleiche auf uns zu? Und auch gegenüber Menschen mit Behinderungen, mit unterschiedlichen kulturellen Herkunftsn oder sexuellen Orientierungen und Identitäten. Inwieweit ist die Partei DIE LINKE in der Lage, durch ihre Mitglieder dem Diversity-Ansatz zu folgen?

5) **Das Private ist politisch – wie politisch darf es wirklich sein?**

Wie geht DIE LINKE mit sexistischem Verhalten um, das in der so genannten Privatsphäre

stattfindet? Was macht eine Partei mit einem männlichen Mitglied, das seine Partnerin oder Töchter schlägt und/oder vergewaltigt? Wie reagiert die Partei, wenn der Beschäftigte unserer ParlamentarierInnen sich auf einer privat betriebenen Homepage Links zu pornografischen Seiten führen und unter dem Hinweis auf Erholung vom politischen Kampf für die Ziele der Linken beworben werden? Auch in der Partei spiegeln sich die gesellschaftlichen Unterdrückungsverhältnisse und ihre Mechanismen wieder.

6) Ist der Kampf gegen Sexismus Frauensache?

Eine (geschlechter-)gerechte Gesellschaft ist keine reine Frauensache. Alle tragen eine theoretische und praktische Verantwortung dafür – auch durch ihre Solidarität, ihr konkretes Verhalten und ihre direkte Intervention. Daher ist eine Voraussetzung antisexistischen Verhaltens auch die Auseinandersetzung mit den eigenen Prägungen.

7) Programmatik muss praktisch gelebt werden:

Der Kampf gegen Sexismus darf nicht als programmatischer Punkt verkommen, sondern muss eine aktive Auseinandersetzung erfahren. **Maßnahmen wie quotierte Vorstände oder Redelisten sind eine Grundvoraussetzung**, denn solange sich die Realität als Patriarchat konstituiert, solange braucht es diese Instrumente. Da über eine Quote keine aktive Auseinandersetzung angestoßen wird, bedarf es Gendertrainings in allen Gliederungen der Partei, ganz nach dem Motto „Fragend schreiten wir voran“, in dem in angstfreien Räumen Meinungs- und Politikbildung stattfinden kann. Geschieht dies nicht, muss es vom Grundsatz her thematisiert werden. Dabei werden auch individuelle Einstellungen und Wertvorstellungen hinterfragt und politisiert. Themen wie sexistische Werbung, Gewalt an Frauen, Lesben-/Schwulen-/Transrechte können inhaltliche Bezüge zu aktuellen praktischen Umsetzungsmöglichkeiten für Mitgliederversammlungen sein. Für jedes Parteimitglied sollte der Kampf gegen Sexismus im täglichen Leben Platz finden. Dazu ist es auch notwendig, dass auf den Sprachgebrauch und den Umgang miteinander geachtet wird. Die Konstituierungen von Machtverhältnissen über Sprache sind anerkannt. Dennoch bewusst oder unbewusst, direkt oder indirekt nutzen wir Formulierungen, einfach nur weil eine Auseinandersetzung mit diesem Machtinstrument fehlt. Den Anfang kann jede/r bei sich selbst machen: Benutze ich die männliche UND weibliche Begrifflichkeiten – selbst wenn keine Frau anwesend ist, oder wird „mensch“ statt „man“ gesagt, damit sich alle angesprochen und repräsentiert fühlen.

Unser Vorschlag zum weiteren Verfahren:

- Dieses Diskussionspapier geht in alle Gliederungen und Vorstände des Landesverbandes und wird auf Nachmittagen und/oder Abenden thematisiert. Gern kommen die UnterzeichnerInnen zu diesen Treffen dazu, um die Diskussion festzuhalten. Die Diskussionsergebnisse und -zwischenstände werden an den Landesvorstand in schriftlicher Form geliefert, der dafür eigens eine E-Mail-Adresse einrichtet.
- Bis zum nächsten Landespartei erarbeitet die feministische Arbeitsgemeinschaft LISA in enger Zusammenarbeit mit dem Landesvorstand unter Berücksichtigung der Diskussionsergebnisse einen Antrag, der dort zur Diskussion und Abstimmung gestellt wird. Diese dann verabschiedete Erklärung gegen Sexismus dient der Aufklärung und steten Auseinandersetzung mit dem Selbstverständnis einer Partei mit einem modernen, emanzipierten und aufgeklärten Menschenbild.

Titel	Antimilitaristische Kampagne des Hamburger Landesverbands der Linksjugend ['solid]
Tagesordnungspunkt	12
Antragsteller	linkjugend ['solid]
Datum	12.03.2010

Antimilitaristische Kampagne des Hamburger Landesverbands der Linksjugend ['solid]

Der Landesparteitag der Partei DIE LINKE Landesverband Hamburg möge beschließen

1. Der Landesverband Hamburg der Partei DIE LINKE begrüßt die antimilitaristische Kampagne des Hamburger Landesverbands der Linksjugend ['solid] „Mit Kapitalismus ist keine Frieden zu machen!“.
2. Der Hamburger Landesvorstand der Partei DIE LINKE unterstützt die antimilitaristische Kampagne des Hamburger Landesverbands der Linksjugend ['solid] „Mit Kapitalismus ist keine Frieden zu machen!“ im Jahr 2010 finanziell und organisatorisch.
3. Der Hamburger Landesvorstand der Partei DIE LINKE kommt für die Busfahrt aller Hamburger TeilnehmerInnen der Proteste gegen das Gelöbnis der Bundeswehr rund um den 20. Juli 2010 in Berlin auf, zu dem der Hamburg Jugendverband der Linksjugend ['solid] mobilisiert.

Abstimmungsergebnis:	Ja: ____ Nein: ____ Enthaltungen: ____ Angenommen: <input type="radio"/> Ja <input type="radio"/> Nein
-----------------------------	---

Begründung:

Neoimperialistische Kriege, wie sie die NATO unter Beteiligung der Bundeswehr seit 1989/90 in verschiedenen Staaten der Welt, z.B. in Afghanistan führen, sind das brutalste und offen gewalttätigste Mittel der herrschenden Kapitalistenklasse zur Stabilisierung globaler Ausbeutung und Herrschaft.

Öffnung und Kontrolle von Märkten, Sicherung von Transportrouten, gewaltsame Aneignung von Rohstoffen, geostrategische Interessen, Herstellung politischen Einflusses, Einrichtung und Aufrechterhaltung der globalen Marktwirtschaft sowie Disziplinierung bzw. Eliminierung objektiver Bedrohungen für die kapitalistische Produktion und Zirkulation sind die konkreten Ziele der militärisch verlängerten Außenpolitik der Bundesregierung, wie sie sie selbst im Weißbuch der Bundeswehr von 2006 benennt. Sie teilt diese Absichten mit den Mitgliedsstaaten der NATO, strebt aber im Rahmen der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GASP) der EU zusätzlich dazu, eine weitere militärische Großmacht aufzubauen. Deren operative Strukturen sind in den letzten zwei Jahrzehnten ebenso wie die der Bundeswehr grundlegend auf militärische Interventionen und Angriffskriege ausgelegt.

Ein Ende dieser Kriege bzw. die Vermeidung von Kriege wie z.B. gegen den Iran ist nur möglich, wenn Protest und Widerstand organisiert werden. Die linke Friedens- und Antikriegsbewegung ist auch in Deutschland aber leider derzeit schwach. Daher ist es notwendig, sie in Zukunft nachhaltig und intensiv durch die Partei DIE LINKE sowie den Jugendverband der Linksjugend ['solid] auch in Hamburg zu unterstützen und zu fördern.

Der Hamburger Landesverband der Linksjugend ['solid] hat einen von zwei Arbeitsschwerpunkten im Jahr 2010 auf antimilitaristische Politik gelegt und betreibt daher die o.g. Kampagne zur Stärkung der sozialistischen Friedens- und Antikriegsbewegung in Hamburg. Für eine starke Politik ist der Jugendverband auch auf Unterstützung der LINKEN in Hamburg angewiesen.

Nähere Informationen zur Kampagne des Jugendverbands sind im Internet auf der extra eingerichteten Homepage www.antimilitarismus.de.vu zu finden.

Titel	Unterstützung der Genossinnen und Genossen in NRW
Tagesordnungspunkt	12
Antragsteller	linkjugend ['solid]
Datum	12.03:2010

Unterstützung der Genossinnen und Genossen in NRW

Der Landesparteitag der Partei DIE LINKE Landesverband Hamburg möge beschließen

Dass der Landesvorstand öffentlich erklärt, dass wir die Genossinnen und Genossen im Landesverband NRW in der Linie ihrer politischen Forderungen unterstützen, die im Landeswahlprogramm 2010 verankert wurden. Dabei beziehen wir uns insbesondere auf die Forderung nach der Vergesellschaftung von Schlüsselindustrien wie z.B. Energiekonzernen. Eine Einmischung und die Forderung nach der Abschwächung der linken Positionen, wie sie landespolitisch und auf der Bundesebene parteiübergreifend – auch von Teilen der LINKEN – vorgenommen wurden und werden, weisen wir entschieden zurück. Linke politische Grundsätze dürfen nicht dem Wunsch nach Regierungsbeteiligung zum Opfer fallen.

Abstimmungsergebnis:	Ja: ____ Nein: ____ Enthaltungen: ____ Angenommen: <input type="radio"/> Ja <input type="radio"/> Nein
-----------------------------	---

Begründung:

In der jüngsten Vergangenheit wurden die Forderungen der LINKEN in NRW gerade auch parteiintern als zu radikal zurück gewiesen. Das Gegenteil ist der Fall.

Mit diesen Forderungen von Teilen der LINKEN, die linke Positionen innerhalb der Partei abschwächen und sich stattdessen für mehr Sozialdemokratie einsetzen wollen, die einem „Ultrkapitalismus“ vermeintlich entgegenstehe, werden linke Ziele der Einrichtung einer Gesellschaft jenseits von Kapitalismus zugunsten einer möglichen Regierungsbeteiligung aufgegeben.

In einer Zeit, in der der Klassenantagonismus sich immer mehr zuspitzt und die kapitalistische Gesellschaftsformation immer mehr ihr wahres, nur auf Profit gerichtetes Gesicht zeigt, wird eine Benennung und der Kampf für gesellschaftliche Alternativen, die nicht auf der Ausbeutung von Mensch und Natur basieren, dringender denn je.

Als einen Teil davon begreifen wir die Forderungen der Genossinnen und Genossen in NRW und sehen diese daher als unbedingt unterstützenswert gegen Angriffe auch und gerade aus den eigenen Reihen.

Darüber hinaus unterstützen wir die Genossinnen und Genossen in NRW in ihrem Wahlkampf und geben ihnen ein solidarisches Signal kurz vor dem Wahltag, an ihrem politischen Kurs festzuhalten.

Titel	Für die sofortige Abschaffung der Bundeswehr und der Wehrpflicht
Tagesordnungspunkt	12
Antragsteller	linkjugend ['solid]
Datum	12.03.2010

Für die sofortige Abschaffung der Bundeswehr und der Wehrpflicht

Der Landesparteitag der Partei DIE LINKE Landesverband Hamburg möge beschließen

1. dass der Landesvorstand Hamburg der Partei DIE LINKE öffentlich erklärt, dass die Verkürzung der Wehrpflicht auf sechs Monate kein Schritt in Richtung der Position der Partei DIE LINKE ist, sondern lediglich ein Resultat von Uneinigkeiten zwischen den Parteien der neuen Bundesregierung und dass das weitere Festhalten am militaristischen Kurs in der Außenpolitik der Bundesregierung aufs schärfste zu verurteilen ist.
2. dass sich der Hamburger Landesvorstand dafür einsetzt, dass die Bundespartei DIE LINKE weiterhin für die sofortige Abschaffung der Wehrpflicht eintritt, um den friedenspolitischen Kurs der LINKEN beizubehalten.
3. dass sich der Hamburger Landesvorstand dafür einsetzt, dass die Bundespartei DIE LINKE ebenfalls für die Abschaffung der Bundeswehr eintritt. Die Schaffung einer professionalisierten Berufsarmee ist nicht das Ziel einer linken Forderung nach der Abschaffung des Kriegsdienstes.
4. dass sich der Landesvorstand der Partei DIE LINKE dafür einsetzt, dass die Bundespartei DIE LINKE dafür eintritt, dass die mit der Abschaffung der Wehrpflicht wegfallenden Zivildienststellen umgehend durch vom Staat subventionierte, sozialversicherungspflichtige Vollbeschäftigungsverhältnisse ersetzt werden.
5. dass der Landesvorstand der Partei DIE LINKE öffentlich erklärt, dass das Bekenntnis der SPD zur Wehrpflicht deutlich zeigt, dass es keine Resozialdemokratisierung und Öffnung der SPD nach links nach der Wahl gibt und eine Koalition zwischen der Partei DIE LINKE und der SPD deshalb abzulehnen ist.
6. dass eine Regierungsbeteiligung auf Bundesebene abzulehnen ist, weil sie die Zustimmung der Partei zur Wehrpflicht voraussetzt.
7. dass sich der Hamburger Landesvorstand dafür einsetzt, dass die Bundespartei DIE LINKE dafür eintritt, dass die Werbeauftritte der Bundeswehr an Schulen gestoppt werden, da es auf das schärfste zu verurteilen ist, dass die Bundeswehr die Perspektivlosigkeit vieler Schüler für ihre Zwecke ausnutzt.

Abstimmungsergebnis:	Ja: ____ Nein: ____ Enthaltungen: ____ Angenommen: <input type="radio"/> Ja <input type="radio"/> Nein
-----------------------------	---

Begründung:

Im Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung haben sich die Koalitionsparteien FDP und CDU auf eine Verkürzung der Wehrpflicht auf 6 Monate geeinigt. Bei diesem Beschluss handelt es sich nicht um einen Schritt in Richtung der friedenspolitischen Position der Partei DIE LINKE.

Die Koalitionäre sind sich uneins über den weiteren Weg der deutschen Angriffs- und Kriegarmee und die Rolle der Wehrpflichtigen darin. Ihre Entscheidungen ändern nichts am militaristischen Kurs in der Außenpolitik der Bundesregierung, den sie fortsetzen will und der Kriege für deutsche ökonomische- und Machtinteressen überall auf der Welt als geeignete Verlängerung der Politik einschließt.

Die SPD zeigte durch die Unterstützung des Erhaltes der Wehrpflicht einmal mehr, dass von einer Resozialdemokratisierung der SPD nicht die Rede sein kann. Sie verkündete in der Opposition ihre Treue zum Staat und zur Bundeswehr und bekannte sich zur Wehrpflicht. Damit steht die SPD der Position der Partei DIE LINKE grundsätzlich entgegen und es ist mehr als deutlich, dass sie sich nicht zu ihren vermeintlichen friedenspolitischen Wurzeln zurückführen lässt.

DIE LINKE muss eine Koalition mit der SPD grundsätzlich ablehnen. Sie darf sich keine Mythen der Resozialdemokratisierung der SPD schaffen, die eine Koalition akzeptabel machen sollen. Stattdessen muss sie weiterhin als Teil einer linken gesellschaftlichen Kraft auftreten, die für die Einrichtung einer Gesellschaft jenseits von Kapitalismus und Krieg eintritt.

DIE LINKE muss an ihrer Forderung der sofortigen Abschaffung der Wehrpflicht und des umgehenden Endes aller Auslandseinsätze der Bundeswehr festhalten. Die Wehrpflicht ist unvereinbar mit einer aufgeklärten Gesellschaft.

Die Bundeswehr will mit der Wehrpflicht das Militär in der Gesellschaft verankern, Nachwuchs gewinnen, ein Reservoir an billigen und leicht verfügbaren Kräften besitzen, Wissenstransfers sicherstellen und einen Zugang zu qualifizierten Arbeitskräften haben. Zu diesen Zwecken macht die Bundeswehr u.a. durch Besuche von Jungoffizieren und das Verteilen von Unterrichtsmaterialien Werbung an Schulen und versucht die jungen Schüler davon zu überzeugen, dass sie ein Arbeitgeber mit Perspektive und guten Angeboten für junge Menschen sei.

Damit setzt die Bundeswehr kaltblütig auf die Perspektivlosigkeit der Jugendlichen, von denen ein Großteil dazu gezwungen wird, jedes Jobangebot anzunehmen, das sich ihnen bietet. DIE LINKE muss sich dafür einsetzen, dass der Kriegsdienst nicht als Option für perspektivlose junge Schulabsolventen gesellschaftlich anerkannt wird. Eine durch und durch militarisierte Gesellschaft, in der Kriege und militärischer Zwangsdienst an der Tagesordnung sind, kann keine mündigen Menschen hervorbringen. DIE LINKE muss sich deshalb für die Abschaffung der Wehrpflicht und der Bundeswehr überhaupt einsetzen.

Titel	
Tagesordnungspunkt	12
Antragsteller	BV HH-Nord (Bezirksmitgliederversammlung)
Datum	19.03.2010

Zur Schulreform

Der Landesparteitag der Partei DIE LINKE Landesverband Hamburg möge beschließen

1. Die LINKE. Hamburg hält – unabhängig von der aktuellen Vereinbarung zwischen allen Hamburger Bürgerschaftsfraktionen für die Schulreform des Senates – am Ziel fest, die Eine-Schule-für-Alle zu schaffen und wird diese politische Position in den anstehenden Auseinandersetzungen offensiv vertreten.
2. Die Stärkung des „Elternwahlrechts“ hält die DIE LINKE. Hamburg für falsch und seine Kennzeichnung als „Demokratisierung“ für irreführend.

Abstimmungsergebnis:	Ja: ____ Nein: ____ Enthaltungen: ____ Angenommen: <input type="radio"/> Ja <input type="radio"/> Nein
-----------------------------	---

Delegierten-Materialien

Teil II

für die

**1. Tagung des
2. Parteitags
der Partei DIE LINKE.Hamburg**

im

**Hamburg-Saal des Berufsförderungswerkes
in Hamburg-Farmsen**

(August-Krogmann-Str. 52, im Haus U auf dem bfw Gelände)

am

**Samstag, der 10. April,
Sonntag, der 11. April und
Samstag der 17. April**

Übersicht der gestellten Anträge

Nr	Titel	Antragsteller	Vorschlag / Wunsch TOP	Datum Eingang	Seite
A-5b-11	Empfehlungen für die Zusammenarbeit von Partei und Fraktionen.	Dora Heyenn, Peter Heim, Herbert Schulz	11	10.03.2010	3
A-14-12	Brandenburg muss am Braunkohleausstieg festhalten	Bezirksverband Hamburg-Nord (Bezirksmitgliederversammlung)	12	01.04.2010	5
A-15-12	Änderung der Einladungspraxis des Landesverbandes	Bezirksverband Hamburg-Nord (Bezirksmitgliederversammlung)	12	01.04.2010	6
A-16-12	Keine weitere Elbvertiefung	Bezirksverband Hamburg-Nord (Bezirksmitgliederversammlung)	12	01.04.2010	7
A-17-12	Vergesellschaftung der Energiekonzerne	Bezirksverband Hamburg-Nord (Bezirksmitgliederversammlung)	12	01.04.2010	9
A-18-4	Opposition ist der Beginn vernünftigen Handelns Grundorientierung weiterer fortschrittlicher Politik	Ersetzungsantrag zu A-8-4 Ag Studierendenpolitik, Stadtteilgruppe Eppendorf/Winterhude/Hoheluft Ost	4	03.04.2010	11
A-19-12	Schwerpunktsetzung 2. Tagung des 2. Parteitages	Angelika Traversin, Martin Schöning, Nicolai Meyer, Olaf Walther	12	06.04.2010	14
A-20-12	Doppelrennbahn in Horn	Bezirksverband Hamburg-Mitte (Bezirksmitgliederversammlung)	12	06.04.2010	15
A-21-12	Initiativantrag: finanzielle Unterstützung der Mitgliedern bei Inanspruchnahme einer Rechtsanwältin (im Rahmen von Erfolg versprechenden SGB II und SGB III Verfahren)	Stefan Dührkop und Ronald Wilken sowie die Stadtteilgruppe Wilhemsburg/Veddel	12	06.04.2010	16
A-22-12	Frieden beginnt mit Opposition	AG Frieden und Abrüstung	12	07.04.2010	17
A-23-12	Unterstützung des Antrags A-11-12 des Landesverbandes Hamburg der Linksjugend [solid] an den Landesparteitag am 10./11./17. April 2010 „Für die sofortige Abschaffung der Bundeswehr und der Wehrpflicht“ inklusive der drei im Folgenden aufgeführten Änderungsanträge	Bezirksverband Hamburg-Mitte (Bezirksmitgliederversammlung)	12	06.04.2010	18

Stand: 7. April 2010

Titel	Empfehlungen für die Zusammenarbeit von Partei und Fraktionen
Tagesordnungspunkt	11
Antragsteller	Dora Heyenn, Peter Heim, Herbert Schulz
Datum	10.03.2010

Empfehlungen für die Zusammenarbeit von Partei und Fraktionen

Seit dem Einzug der Linken in die Bürgerschaft und alle Bezirksversammlungen ist die Zusammenarbeit der Fraktionen und der Parteiorganisationen ein immer wieder und oft heiß diskutiertes Thema. Die folgenden Empfehlungen sind ein Beitrag zur Versachlichung und wollen orientierend auf die politische Praxis wirken.

Die gewählten Abgeordneten und die Fraktionen sind frei in ihren Entscheidungen und Handlungen. Das ist die Rechtslage und als Grundsatz der unstrittige Ausgangspunkt. Gleichwohl ist es für eine linke Partei, die die Gesellschaft verändern will, unabdingbar, dass das Handeln der Fraktionen Ausfluss der Politikentwicklung der Partei insgesamt ist. Die Fraktionen sind Teil einer Linken, die sich als aktive Mitgliederpartei versteht. Aufgrund ihrer Funktion im politischen System und ihrer Bedeutung in den politischen Auseinandersetzungen agieren sie jedoch in besonders hervorgehobener Position und sind im parlamentarischen Prozess ganz eigenen Zwängen und Gesetzmäßigkeiten unterworfen. Die Verzahnung und die Abstimmung der Arbeit der Fraktionen mit den Aktivitäten der Partei, ihrer Gliederungen und Zusammenschlüsse ist daher zentrale Aufgabe im Landesverband, bei der wir noch über wenig praktische Erfahrung verfügen. Vor diesem Hintergrund sind die folgenden Empfehlungen zu verstehen.

1. Der kontinuierlichen und aktiven Mitarbeit von Mitgliedern unserer Partei in außerparlamentarischen Initiativen, Verbänden und den Gewerkschaften kommt besondere Bedeutung zu. Sie wird auch von den Abgeordneten und Fraktionen der LINKEN nach Kräften unterstützt.
2. Bei dieser Zusammenarbeit spielen die Arbeitsgemeinschaften eine besondere Rolle. Es ist anzustreben, dass Abgeordnete, Ausschussmitglieder und Deputierte sich in den Erfahrungs- und Informationsaustausch mit den AGs einbringen.
3. Zur Koordination der Arbeit und der gemeinsamen Politikentwicklung nehmen Vertreter der Fraktionen regelmäßig an den jeweiligen Vorstandssitzungen teil und umgekehrt.
4. Damit die LINKE auch in den Bezirken eine Adresse hat, wird den Bezirksfraktionen empfohlen, gemeinsam mit den Bezirksverbänden und der Bürgerschaftsfraktion eine entsprechende materielle Infrastruktur zu schaffen. Die strengen Regeln der Parteienfinanzierung und der Finanzierung der Fraktionen sind strikt einzuhalten. Zur Förderung des Meinungsaustauschs mit der interessierten Öffentlichkeit sollten die Bezirksfraktionen zusammen mit den jeweiligen Parteigliederungen regelmäßig öffentliche Veranstaltungen über die Arbeit durchführen.
5. Die Bürgerschaftsfraktion und die Bezirksfraktionen stellen ihre Vorschläge für die Besetzung des jeweiligen Fraktionsvorstandes dem Landesparteitag bzw. den Bezirksmitgliederversammlungen vor, damit über den Weg von Empfehlungen Einvernehmen über die Besetzung hergestellt werden kann.
6. Die Fraktionsvorstände sollten mindestens alle zwei Jahre gewählt werden.

7. Den Fraktionen wird empfohlen, jeweils einen Projektfond einzurichten, der Initiativen vor Ort und demokratische und soziale Projekte unterstützt.
8. Bei der Auswahl von Fraktionsgeschäftsführern und Pressesprechern sollte zwischen Parteivorständen und Fraktionen Einvernehmen hergestellt werden.
9. Alle Beschäftigungsverhältnisse sollten grundsätzlich öffentlich ausgeschrieben werden. Bei der Besetzung sollte der Vorstand der jeweiligen Parteigliederung einbezogen werden. Bei den Punkten 8. und 9. ist dem Datenschutz besondere Aufmerksamkeit zu widmen.
10. Die Fraktionen passen ihre Geschäftsordnungen nach Beschlussfassung diesen Regeln an.

Abstimmungsergebnis:	Ja: ____ Nein: ____ Enthaltungen: ____ Angenommen: <input type="radio"/> Ja <input type="radio"/> Nein
----------------------	---

Begründung:

Auch zum Verhältnis von Partei und ihren parlamentarischen Vertretungen gibt es in einer pluralen LINKEN zum Teil sehr unterschiedliche Auffassungen. Oft verbleiben sie im Grundsätzlichen und werden als allgemeines Prinzip geäußert, und ebenso oft entzünden sich unterschiedliche Standpunkte an Einzelfragen. Das ist für eine linke Partei, die seit 2008 zum ersten Mal nach Jahrzehnten parlamentarisch vertreten ist, eher normal.

Deshalb fanden wir es erforderlich, im Gegensatz zum ursprünglichen Antrag das Verhältnis von Partei und Fraktion zunächst allgemein zu fassen und im Anschluss daran Empfehlungen zur praktischen Umsetzung zu formulieren.

Natürlich sind die Fraktionen dem gleich programmatischen Anspruch verpflichtet wie die Parteigliederungen, aber aufgrund ihrer relativen Selbständigkeit im politischen System und ihrer unterschiedlichen Geschwindigkeit ist die Abstimmung der politischen Aktivitäten von Partei(gliederungen) und Fraktionen eine große Herausforderung, die vor allem eine gemeinsame Schwerpunktsetzung und gute Kommunikation erfordert.

Hinzu kommt, dass die Parteien von der medialen Öffentlichkeit nahezu ausschließlich über die Aktivitäten ihrer Parlamentarier wahrgenommen werden, was die Sicht auf das Problem nicht immer erleichtert.

Es geht also darum, Arbeitsweisen zu entwickeln, die dem gemeinsamen programmatischen Anspruch genügen und die praktische Zusammenarbeit befördern. Das ist die Aufgabe in den nächsten Jahren, und dem sollen diese Empfehlungen dienen.

Erwähnt werden sollte noch, dass der vorliegende Antrag auf einem früheren Antrag des Ortsverbands Walddörfer/Alstertal beruht, der mehrfach nicht behandelt werden konnte, worauf hin der Landesvorstand eine Kommission, bestehend aus den Antragstellern, eingesetzt hat, um sich dieser wichtigen Angelegenheit anzunehmen. Der von der Kommission überarbeitete Entwurf ist dann im November an die Fraktionen, Gliederungen und Zusammenschlüsse gegangen, es hat etliche zustimmende Rückmeldungen und einige leichte Änderungsvorschläge gegeben, die von den Antragstellern eingearbeitet wurden.

Titel	Brandenburg muss am Braunkohleausstieg festhalten
Tagesordnungspunkt	12
Antragsteller	Bezirksverband Hamburg-Nord (Bezirksmitgliederversammlung)
Datum	01.04.2010

Brandenburg muss am Braunkohleausstieg festhalten

Sachverhalt:

Aus dem Koalitionsvertrag SPD – DIE LINKE in Brandenburg vom 05. 11.2009 / Kapitel „Wirtschaft, Energie“:

„... Die Koalition hält an der Verstromung des wichtigen einheimischen Energieträgers Braunkohle als Brückentechnologie fest. Als Beitrag zum Klimaschutz wird sich die Landesregierung für die schrittweise Umstellung auf CO₂-arme Kraftwerke einsetzen. Die Koalition strebt an, die rechtlichen Rahmenbedingungen so zu verändern, dass neue Braunkohlekraftwerke ab 2020 nur bei dramatischer Reduktion des CO₂-Ausstoßes genehmigt werden. Neue Kraftwerke soll es in Brandenburg nur geben, wenn damit die in der Energiestrategie 2030 festgelegten CO₂-Reduktionsziele von 40 Prozent bis 2020 und weiteren 35 Prozent bis 2030 gegenüber 1990 erreicht werden können. (...)"

Beschlussvorschlag:

Koalitionsvereinbarungen dürfen nicht grundlegende Ziele des Klimaschutzes und die ökologische Glaubwürdigkeit der LINKEN geopfert werden. Das „Einknicken“ der LINKEN in Brandenburg in Sachen Kohleausstieg hat die Grenzlinie des in einem Koalitionskompromis noch Hinnehmbaren überschritten.

Abstimmungsergebnis:	Ja: ____ Nein: ____ Enthaltungen: ____ Angenommen: <input type="radio"/> Ja <input type="radio"/> Nein
-----------------------------	---

Begründung:

Man kann nicht erst ein Volksbegehren unterstützen mit dem Inhalt, bis 2040 „schrittweise aus der Braunkohle auszusteigen“ und auf 100 % erneuerbare Energien zu setzen, um dann bei Koalitionsverhandlungen das alles „vergessen“ zu machen, sprich: über Bord zu werfen. Dies fügt dem Ansehen und der ökologischen Glaubwürdigkeit der LINKEN erheblichen Schaden zu.

Wir bitten den Landesvorstand, unseren Antrag mit einem positiven Votum dem Landesverband Brandenburg der LINKEN und dem Parteivorstand zukommen zu lassen.

Bei 1 Gegenstimme und 3 Enthaltungen wird der Antrag mehrheitlich beschlossen.

Titel	Änderung der Einladungspraxis des Landesverbandes
Tagesordnungspunkt	12
Antragsteller	Bezirksverband Hamburg-Nord (Bezirksmitgliederversammlung)
Datum	01.04.2010

Änderung der Einladungspraxis des Landesverbandes

Der Landesparteitag fordert den Landesvorstand auf:

Ab sofort erhalten **alle** Hamburger Mitglieder der Partei DIE LINKE Einladungen zu den Parteitagen der Partei DIE LINKE, die der Hamburger Landesverband durchführt. Auch **Nicht-Delegierte** erhalten diese Einladungen.

Die Einladungen sollen enthalten: Ort und Zeitpunkt sowie die (vorgeschlagene) Tagesordnung des jeweiligen Parteitages.

Da nicht alle Mitglieder über einen Internetanschluss verfügen, schlagen wir vor, die Einladungen an alle Mitglieder **per Post** zu versenden. Weiteres Vorbereitungsmaterial wird auf Nachfrage zugesandt und liegt in den Bezirksfraktionsbüros aus.

Abstimmungsergebnis:	Ja: ____ Nein: ____ Enthaltungen: ____ Angenommen: <input type="radio"/> Ja <input type="radio"/> Nein
-----------------------------	---

Zur Erläuterung und Begründung:

Wir erinnern an unseren Antrag mit gleichem Inhalt, den wir bereits 2009 gestellt haben. Wir plädieren für diese Regelung, weil wir nicht wollen, dass der Eindruck entstehen könnte, es gäbe in unserer Partei „Mitglieder 1. und 2. Klasse“. In einer demokratischen Partei müssen alle Mitglieder gleiche Rechte haben, unabhängig davon, ob sie Delegierte sind.

Für den Fall, dass es Finanzierungsprobleme geben sollte, empfehlen wir einen entsprechenden „Zuschuss-Antrag“ an unseren Parteivorstand.

Bei einer Gegenstimmung, 3 Enthaltungen mehrheitlich beschlossen.

Titel	Keine weitere Elbvertiefung
Tagesordnungspunkt	12
Antragsteller	Bezirksverband Hamburg-Nord (Bezirksmitgliederversammlung)
Datum	01.04.2010

Keine weitere Elbvertiefung

Der Hamburger Landesparteitag der LINKEN am 10./11. April 2010 solle beschließen:

DIE LINKE in Hamburg fordert: keine weitere Elbvertiefung! Sie fordert den Senat und die Hamburger Bürgerschaft auf, auf alle Maßnahmen unwiderruflich zu verzichten, die die Durchführung entsprechender Maßnahmen ermöglichen bzw. begünstigen könnten.

DIE LINKE fordert eine Aktualisierung des alten Wärmelastplans von 1973.

Abstimmungsergebnis:	Ja: ____ Nein: ____ Enthaltungen: ____ Angenommen: <input type="radio"/> Ja <input type="radio"/> Nein
-----------------------------	---

Begründung:

1.) *Seit Jahren wird über Vor- und Nachteile einer etwaigen weiteren Elbvertiefung in der Öffentlichkeit kontrovers diskutiert. Bereits sechsmal wurde die Elbe den Schiffen angepasst. Der damalige Bundesverkehrsminister Tiefensee (SPD) wandte sich strikt gegen eine Elbvertiefung und versuchte, Hamburgs Ersten Bürgermeister Ole von Beust zu einer Änderung seiner Position zu bewegen.*

Hier nur einige wenige Stationen: Sommer 2004: Streit zwischen Handelskammer und Senat um die Anmeldung der Schutzgebiete.

März 2009: Fachleute sagen: Der Hafen kann auch ohne Elbvertiefung wachsen.

12. August 2009: „Die geplante Elbvertiefung muss eine neue Hürde nehmen ... und verzögert sich.“ (NDR Online)

September 2009: Die Samtgemeinde Lühe macht Einwendungen gegen die Elbvertiefung geltend.

15.12.2009: Ole von Beust erklärt: „Zur Elbvertiefung gibt es keine Alternative.“

Gegen eine weitere Elbvertiefung sprechen ökologische Aspekte (Flussvertiefungen contra Hochwasserschutz) sowie die im Interesse der Hamburger Bevölkerung (und der BewohnerInnen des Hamburger Umlandes) unbedingt zu gewährleistende Sicherheit der Deiche. Es gibt nur die Möglichkeit, sich für die Sicherheit der Deiche bzw. für ökologische Belange einzusetzen oder eine Entscheidung zu treffen, die die Durchsetzung wirtschaftlicher Interessen ohne Rücksicht auf Natur und Umwelt in den Mittelpunkt rückt.

2.) *Der Hamburger Senat hat am 23.12.2008 den so genannten Elbe-Wärmelastplan („Wärmelastplan Tideelbe“) verabschiedet. Damit liegt ein neuer Wärmelastplan der Bundesländer Hamburg, Niedersachsen und Schleswig-Holstein für die Elbe zwischen Geesthacht und Cuxhaven vor.*

Dazu erklärte Dora Heyenn, umweltpolitische Sprecherin und Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE in der Hamburgischen Bürgerschaft:

„Der vorliegende Plan ist bereits ein Kompromiss mit Wirtschaftsinteressen und stellt ohnehin nur das ökologische Minimum zum Schutz der Elbe dar.

Das 'Hamburger Sauerstoffloch', die hohen Wassertemperaturen in den Sommermonaten und die zusätzlich durch den geplanten Bau von 7 neuen Kohlekraftwerken in Hamburg-Moorburg, Stade und Brunsbüttel zu erwartenden massiven Einleitungen von erwärmtem Kühlwasser erfordern dringend eine Aktualisierung des alten Wärmelastplans von 1973. Durch die Wasserrahmenrichtlinie der EU ist eine Verbesserung des Zustandes der Gewässer bis 2015 vorgeschrieben.“

Der Antrag wird mehrheitlich bei 1 Enthaltungen und 1 Gegenstimmen beschlossen.

Titel	Vergesellschaftung der Energiekonzerne
Tagesordnungspunkt	12
Antragsteller	Bezirksverband Hamburg-Nord (Bezirksmitgliederversammlung)
Datum	01.04.2010

Vergesellschaftung der Energiekonzerne

Der Landesparteitag solle beschließen:

DIE LINKE. Landesverband Hamburg tritt für eine Vergesellschaftung der Energiekonzerne - nicht nur, aber auch in Nordrhein-Westfalen ein!

Abstimmungsergebnis:	Ja: ____ Nein: ____ Enthaltungen: ____ Angenommen: <input type="radio"/> Ja <input type="radio"/> Nein
-----------------------------	---

Sachverhalt:

Der Landesverband Nordrhein-Westfalen der Partei DIE LINKE fordert in seinem Landtagswahlprogramm für die Landtagswahl 2010 in Nordrhein-Westfalen u.a.:

„Wer heute auf regenerative Energien setzt und das Wissen über eine nachhaltige Energieversorgung mit Schwellen- und Entwicklungsländern teilt, wird sich morgen nicht an Kriegen um fossile Brennstoffe beteiligen. (...) Für dezentrale und kommunale Energieversorgungsstrukturen: Die Energiekonzerne in NRW – RWE und E.ON – müssen vergesellschaftet werden. Sie gehören in die öffentliche Hand und müssen demokratisch kontrolliert, perspektivisch entflochten und dezentralisiert werden. Bereits privatisierte Anteile von Stadtwerken müssen rekommunalisiert werden. Die Energiepreise werden sozialverträglich gestaltet. Eine neue Energiepolitik ist an Energieeffizienz, Energieeinsparung, Förderung erneuerbarer Energien und Klimaschutz auszurichten. (...) Keine Atomtransporte, für den vollständigen Ausstieg aus der Atomenergie. (...)“
(Wahlprogramm DIE LINKE.NRW – Landtagswahl 2010, Langfassung, S. 37)

Diese Forderungen möchten wir ausdrücklich unterstützen und deshalb auch die Stromversorger in Hamburg (Vattenfall) in die Liste der Energieriesen, die in die öffentliche Hand zurückgegeben werden sollen, einbeziehen.

Darüber hinaus erscheinen uns auch die friedenspolitischen Forderungen / Aussagen des o.g. Wahlprogramms voll unterstützenswert.

Wir unterstützen die energiepolitischen Forderungen bzw. die Forderungen nach Vergesellschaftung bzw. Re-Kommunalisierung der Energiekonzerne u.a. aus folgenden Gründen (diese Aufzählung erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit):

Begründung:

- 1. Die Energiekonzerne – insbesondere im Gas-Bereich – betreiben eine Abzocke zu Lasten der (End-) Verbraucher, die sich „gewaschen“ hat. Jahresabrechnungen von E.ON zum Beispiel sind in der Regel nicht transparent und nicht korrekt.*

- *Die Energiekonzerne behindern den Ausstieg aus der Atomenergie, sie laufen gegen den Ausstieg aus der Atomenergie Sturm.*
- *E.ON und Vattenfall betreiben Schrott-Reaktoren wie zum Beispiel das AKW Krümmel.*
- *Die Energiekonzerne behindern den Einsatz erneuerbarer Energien.*

Der Antrag wird einstimmig bei 3 Enthaltungen beschlossen.

Titel	Opposition ist der Beginn vernünftigen Handelns Grundorientierung weiterer fortschrittlicher Politik
Tagesordnungspunkt	4
Antragsteller	Ersetzungsantrag zu A-8-4 (Antragsheft Teil I, Seite 12ff.) Ag Studierendenpolitik, Stadtteilgruppe Eppendorf/Winterhude/Hoheluft Ost
Datum	03.04.2010

Der Landesparteitag möge als Grundorientierung der gemeinsamen Politik befassen, beraten und beschließen:

1 **Opposition ist der Beginn vernünftigen Handelns**
2 **Grundorientierung weiterer fortschrittlicher Politik**

3 *„Eine Partei, die neben dem Glauben an die Gesetze auch den Adel verwerfen würde, hätte sofort*
4 *das ganze Volk hinter sich, aber eine solche Partei kann nicht entstehen, weil den Adel niemand zu*
5 *verwerfen wagt.“*

6 Franz Kafka, „Zur Frage der Gesetze“, 1920.

7 *„Zwischen Otto Wels und Lenin bestehen gewisse Gegensätze.“*

8 Kurt Tucholsky, „Fabel“, 1929.

9 **0) Das Auslaufen der Westerwelle**

10 Die konservative und kampf-liberale Bundesregierung ist deutlich im Meinungsbild der Bevölkerung
11 nach unten gerutscht.

12 Die zivilisatorische Krise wird durch Kriegführung, Kapital-Spekulationen, soziale und ökologische
13 Zerstörungen, Rohheiten und Dummheiten aller Art fortgesetzt.

14 Absurd ist somit auch die politische Vorstellung, Hartz-IV-Abhängigen Gutscheine verteilen zu
15 wollen. Hartz IV ist schon jetzt Armut und Demütigung per Gesetz.

16 Auf diese Weise wird man der Menschenwürde nicht gerecht.

17 All das stößt auf Missbilligung in der davon betroffenen Mehrheit des Landes und ist eine
18 Herausforderung für die gesellschaftliche Opposition bzw. die Verbesserung der gesamten
19 Lebensbedingungen.

20 **1) Ganz oben: Frieden**

21 Die intensivierten Kriege verschlingen Menschen, Haushalte und eine lebenswerte Zukunft.

22 Deswegen müssen die Kriege beendet, die Kriegsschäden beseitigt und Konflikte zivil und
23 demokratisch reguliert werden. Zu erwirken sind ebenso die Konversion der Rüstungsproduktion in
24 Kooperation mit Gewerkschaften und Wissenschaften, das Verbot von Rüstungsexporten, die
25 Entmilitarisierung der Gesellschaften bzw. der Aufbau nachhaltiger Friedenserziehung, der Ausbau
26 demokratischer Rechte sowie die Sicherung und Ausweitung der Strukturen sozialer
27 Sicherungssysteme.

28 Die kooperative Kultivierung sozialen Lebens sei oberstes Gebot der Entwicklung.

29 **2) Nie wieder Diktatur!**

30 Nationale Mythen, rassistische Ideologien und biologistische Vernebelungen sozialer Tatsachen, die
31 systematischen Herabminderungen ganzer gesellschaftlicher Gruppen dienen der Verewigung
32 sozialer Ungleichheit.

33 Damit einher gehen militärische Gewalt sowie strikte polizeiliche Ordnungspolitik, autoritäre
34 Verhaltensmuster, die Zerstörung der Vernunft und ein Menschenbild, das unterteilt in Knechte und
35 Herren.

36 Das Extrem dieses Systems ist die Einheit von Diktatur, Massenmord und Krieg.

37 Dagegen ist zu setzen ein praktisch wirksames aufgeklärtes Menschenbild in Wissenschaft, Kunst,
38 Kultur, Politik und alltäglichem Handeln, die demokratische Partizipation in allen gesellschaftlichen
39 Bereichen, die Entfesselung aus sozialer Not und auch die volle Wiederherstellung des Asylrechts.
40 Aus der Geschichte ist zu lernen.

41 **3) Aussicht**

42 „Die Kritik der Religion endet mit der Lehre, daß der Mensch *das höchste Wesen für den Menschen*
43 *sei*, also mit dem *kategorischen Imperativ, alle Verhältnisse umzuwerfen*, in denen der Mensch ein
44 erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist. Verhältnisse, die man
45 nicht besser schildern kann als durch den Ausruf eines Franzosen bei einer projektierten
46 Hundesteuer: Arme Hunde! Man will euch wie Menschen behandeln.“

47 Karl Marx, „Zur Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie. Einleitung.“, 1844, MEW Bd. 1, S. 385.

48 Die gesellschaftlichen Verhältnisse sind prinzipiell menschlich zu gestalten.

49 Wohlan.

50 **4) Hamburg**

51 Schwarz-Grün erhält denkbar schlechte Noten. Schlaglöcher werden geflickt. Rücktritte mehren
52 sich.

53 Rot ist der Kontrast zu Schwarz.

54 In diesem Verständnis wirken wir für:

- 55 ■ die Friedensstadt Hamburg,
- 56 ■ die Überwindung von Rechtsextremismus und Neofaschismus,
- 57 ■ die Ausweitung der sozialen Sicherungen für eine menschenwürdige Existenz,
- 58 ■ die demokratische Partizipation in allen gesellschaftlichen Bereichen,
- 59 ■ Bildung für Alle,
- 60 ■ Kultur für Alle,
- 61 ■ ökologisch vertretbare Wirtschaftspolitik
- 62 ■ die Rekommunalisierung (privatisierter) öffentlicher Einrichtungen.

63 Und: Für ein bewegendes Programm.

64 **5) Die Partei als Kooperative**

65 Die Linke entwickelt sich am besten als Programm-, Mitglieder- und Oppositionspartei -
66 im entsprechenden Zusammenwirken von außerparlamentarischer und parlamentarischer Arbeit.
67 Sie bedarf der politischen Bildungsarbeit und des unendlichen Lernens.

68 Das Zusammenwirken aller organisatorischer Ebenen und die Aufwertung der thematischen Arbeit
69 muss neu entwickelt werden.

70 Der Hamburger Landesverband mischt sich eigenständig in die Programmdebatte der Gesamtpartei
71 ein.

72 Die Kritik der Übel ist die Alternative zur Rechtfertigung der Übel.

73 Heiterkeit beginnt mit Intervention.

- 74 „Und das Lernen des Schauspielers muß zusammen mit dem Lernen der anderen Schauspieler, sein
75 Aufbau der Figur mit dem Aufbau der anderen Figuren vorgenommen werden. Denn die kleinste
76 gesellschaftliche Einheit ist nicht der Mensch, sondern zwei Menschen. Auch im Leben bauen wir
77 uns gegenseitig auf.“
78 Bertolt Brecht, „Kleines Organon für das Theater“, 1949.

Abstimmungsergebnis:	Ja: ____ Nein: ____ Enthaltungen: ____ Angenommen: <input type="radio"/> Ja <input type="radio"/> Nein
----------------------	---

Titel	Schwerpunktsetzung 2. Tagung des 2. Parteitages
Tagesordnungspunkt	12
Antragsteller	Angelika Traversin, Martin Schöning, Nicolai Meyer, Olaf Walther (alle BV Nord)
Datum	06.04.2010

Schwerpunktsetzung 2. Tagung des 2. Parteitages

Der LPT möge beschließen:

Der Landesparteitag im Herbst 2010 wird als einen Schwerpunkt die anlaufende Programmdebatte der Bundespartei haben.

Abstimmungsergebnis:	Ja: ____ Nein: ____ Enthaltungen: ____ Angenommen: <input type="radio"/> Ja <input type="radio"/> Nein
-----------------------------	---

Titel	Doppelrennbahn in Horn
Tagesordnungspunkt	12
Antragsteller	Bezirksverband Hamburg-Mitte (Bezirksmitgliederversammlung)
Datum	06.04.2010

Doppelrennbahn in Horn

Der Parteitag möge beschließen:

Die Partei DIE LINKE Landesverband Hamburg lehnt die vom Senat geplante Doppelrennbahn für Traber und Galopper auf dem Gelände der bestehenden Horner Rennbahn ab. Die Zusammenlegung der beiden Hamburger Pferderennbahnen würde die Menschen in Horn durch die dann mehrmals wöchentlich stattfindenden Renn- und Übungstage z. B. durch verstärkten Verkehr zu stark belasten. Außerdem sehen wir die bestehenden sozialen und sportlichen Einrichtungen auf dem Gelände der Horner Rennbahn durch dieses Vorhaben gefährdet.

Vielmehr fordern wir den Ausbau dieses Geländes zu einem attraktiven Freizeitgelände für die Menschen in Horn, anstatt des Ausbaus der Rennbahn nur für wenige Zocker ohne Bezug zum Stadtteil. Die bisher für die Planungen zurückgestellten Gelder, die nach der Kenntnis der BO HaHoBo eine Höhe von ca. 35 Millionen Euro haben, sind in die Sanierung bestehender und die Schaffung neuer Stätten für den Breitensport zu investieren.

Der Landesvorstand wird aufgefordert, sich insbesondere für eine transparente und nachvollziehbare Beteiligung der betroffenen Bürgerinnen und Bürger in Horn einzusetzen.

Abstimmungsergebnis:	Ja: ____ Nein: ____ Enthaltungen: ____ Angenommen: <input type="radio"/> Ja <input type="radio"/> Nein
-----------------------------	---

Titel	Initiativantrag: finanzielle Unterstützung der Mitgliedern bei Inanspruchnahme einer Rechtsanwältin (im Rahmen von Erfolg versprechenden SGB II und SGB III Verfahren)
Tagesordnungspunkt	12
Antragsteller	Stefan Dührkop und Ronald Wilken sowie die Stadtteilgruppe Wilhemsburg/Veddel
Datum	06.04.2010

finanzielle Unterstützung der Mitgliedern bei Inanspruchnahme einer Rechtsanwältin (im Rahmen von Erfolg versprechenden SGB II und SGB III Verfahren)

Der Landesparteitag möge beschließen:

Eine finanzielle Unterstützung der Mitgliedern bei Inanspruchnahme einer Rechtsanwältin oder eines Rechtsanwalts zu gewähren, wenn eine Strafanzeige bei einem Verstoß gegen die Beschäftigung von Ein-Euro-Jobberinnen im Rahmen des SGB II und SGB III Aussicht auf Erfolg hat.

Abstimmungsergebnis:	Ja: ____ Nein: ____ Enthaltungen: ____ Angenommen: <input type="radio"/> Ja <input type="radio"/> Nein
-----------------------------	---

Begründung:

Um eine Strafanzeige zu formulieren bedarf es qualifizierter Kenntnisse im Sozialrecht. Bei unserer Strafanzeige waren vor allen Dingen Kenntnisse im SGB II und SGB III erforderlich. Ohne einen Rechtsanwalt hätten wir die Strafanzeige nicht bei der Staatsanwaltschaft einreichen können. Da DIE LINKE die einzige Partei ist, die sich vehement für die Abschaffung der Hartz IV-Gesetze einsetzt, sollten wir alle Möglichkeiten ausschöpfen um den Betroffenen Menschen zu helfen. Hierzu gehört nicht nur die Forderung unserer Partei nach Abschaffung der Hartz IV-Gesetze, sondern auch aktives Handeln auf allen Ebenen, ob parlamentarisch, juristisch oder auf der Straße. Die Strafanzeige war ein weiterer Schritt in diese Richtung. Die Presseberichte und Rückmeldungen von anderen Landesverbänden sowie von vielen BürgerInnen hat uns gezeigt, wie wichtig es ist gegen die Hartz IV-Gesetze auch mit juristischen Mitteln vorzugehen.

Titel	Initiativantrag: Frieden beginnt mit Opposition
Tagesordnungspunkt	12
Antragsteller	AG Frieden und Abrüstung
Datum	07.04.2010

Der Landesparteitag möge befassen, beraten und als Beitrag zur Programmdebatte beschließen:

Frieden beginnt mit Opposition

„Man kann auch aus der Opposition heraus Politik ändern. (...) Je komplexer und weit reichender die notwendigen Änderungen jedoch sind, umso enger sind dafür die Grenzen in der Opposition.“

(André Brie, „Mut zur Macht“, „Financial Times Deutschland“, 2.9.2009)

„Jeder Pazifismus, der den Krieg für Petroleum, für Industrien, für Schutzzölle nicht rundweg ablehnt, ist weder gesund noch ungesund, sondern überhaupt keiner.“

(Kurt Tucholsky, „Gesunder Pazifismus“, 1928)

DIE LINKE ist Friedenspartei. Sie lehnt Militäreinsätze, egal unter welchem Helm ab, engagiert sich für die Beendigung aller Kriege und die Abschaffung der Bundeswehr.

Um „regierungsfähig“ zu werden, sollen wir die NATO, die Militarisierung der EU und Auslandseinsätze der Bundeswehr akzeptieren.

Wir lehnen daher Regierungsbeteiligung auf Bundesebene ab.

Wir fordern die Delegierten des Landesparteitages und des Bundesparteitages auf, nur solche Genossinnen und Genossen in die Vorstände zu wählen, die sich von diesen friedenspolitischen Vorstellungen leiten lassen.

Abstimmungsergebnis:	Ja: ____ Nein: ____ Enthaltungen: ____ Angenommen: <input type="radio"/> Ja <input type="radio"/> Nein
-----------------------------	---

Titel	Unterstützung des Antrags A-11-12 des Landesverbandes Hamburg der Linksjugend ['solid] an den Landesparteitag am 10./11./17. April 2010 „Für die sofortige Abschaffung der Bundeswehr und der Wehrpflicht“ inklusive der drei im Folgenden aufgeführten Änderungsanträge
Tagesordnungspunkt	12 (Änderungsanträge zu A-11-12)
Antragsteller	Bezirksverband Hamburg-Mitte (Bezirksmitgliederversammlung)
Datum	06.04.2010

Unterstützung des Antrags A-11-12 des Landesverbandes Hamburg der Linksjugend ['solid] an den Landesparteitag am 10./11./17. April 2010 „Für die sofortige Abschaffung der Bundeswehr und der Wehrpflicht“ inklusive der drei im Folgenden aufgeführten Änderungsanträge

Zu dem Antragstext von ['solid] werden drei Änderungen beantragt:

1. Punkt 3 wird erweitert durch: „dass der Hamburger Landesverband an die Tagung des Bundesparteitags, die sich mit dem Entwurf des Parteiprogramms befasst, einen Antrag stellt, dass die Forderung nach Abschaffung der Bundeswehr in das Kapitel 4. „Wie schaffen wir Frieden? Abrüstung, kollektive Sicherheit und gemeinsame Entwicklung“ des Parteiprogramms aufgenommen wird.

Abstimmungsergebnis:	Ja: ____ Nein: ____ Enthaltungen: ____ Angenommen: <input type="radio"/> Ja <input type="radio"/> Nein
-----------------------------	---

2. Streichung Punkt 5

Abstimmungsergebnis:	Ja: ____ Nein: ____ Enthaltungen: ____ Angenommen: <input type="radio"/> Ja <input type="radio"/> Nein
-----------------------------	---

3. Änderung und Ergänzung von Punkt 6: „eine Regierungsbeteiligung auf Bundesebene solange abzulehnen ist, wie damit die Zustimmung zu Auslandseinsätzen der Bundeswehr und zur Weiterführung der Wehrpflicht verbunden ist.“

Abstimmungsergebnis:	Ja: ____ Nein: ____ Enthaltungen: ____ Angenommen: <input type="radio"/> Ja <input type="radio"/> Nein
-----------------------------	---

Begründung:en

Zu 1.)

Damit dieser bedeutende Antrag nicht im Nirvana der Unverbindlichkeit verschwindet, ist es unerlässlich, eine konkrete Weiterbehandlung einzufordern. Hierzu bietet sich in besonderer Weise die bevorstehende Debatte bis zur Verabschiedung eines Parteiprogramms an. Für das längerfristige Ziel der Abschaffung der Bundeswehr wäre dieses grundsätzliche Parteidokument am besten geeignet.

In dem 1. Entwurf des Parteiprogramms heißt es zwar, dass für DIE LINKE Krieg kein Mittel der Politik sei. Dennoch wird die Logik des Militarismus nicht durchbrochen, insofern ein kollektives und gegenseitiges Sicherheitssystem gefordert wird. Der Glaube an das Gelingen einer Abschreckungspolitik wird aufrecht erhalten und Krieg als Mittel der Politik somit weiterhin nicht ausgeschlossen. Für eine Partei, die sich als Bündnispartnerin der Friedensbewegung versteht, ist eine solche Positionierung nicht hinnehmbar.

Zu 2.)

In Punkt 6 wird in ausreichendem Maße die friedenspolitische Haltelinie für eine Regierungsbeteiligung auf Bundesebene benannt. Eine zusätzliche Abarbeitung an der aktuellen Lage der SPD geht über das eigentliche Anliegen des Antrags hinaus.

Zu 3.)

Friedenspolitische Haltelinie für eine Regierungsbeteiligung auf Bundesebene sollte nicht nur die Abschaffung der Wehrpflicht, sondern auch die Ablehnung von Auslandseinsätzen der Bundeswehr sein.